

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- „Die Hartz-Reformen verpuffen“ – der Kombilohn soll folgen – Seite 4
 - Der baden-württembergische Leitfaden: Formierung der Reaktion – Deformierung des Rechtsstaates – Seite 7
 - Köln: Einrichtung einer kommunalen ausländerrechtlichen Beratungskommission beschlossen – Seite 12
 - Hamburg: „Hafenarbeiter kampfbereit“ – Seite 15
 - Lesetipps – Seite 19

Ausgabe Nr. 1 am 12. Januar 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de - Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Neue Festbeiträge für Medikamente - ungerechte Belastung

NGO-Online, 11.1.06. scc. Die gesetzlichen Krankenkassen haben in der Anhörung des Gesundheitsausschusses des Bundestages die Auswirkungen des neuesten „Sparpakets“ scharf kritisiert. Die neuen Festbeiträge führen, so heißt es in einem 21-seitigen Papier, führen dazu, dass die Krankenkassen „um bis zu 65 Prozent“ weniger als bisher für einzelne Medikamente erstatteten. Über die gesetzliche Zuzahlung für Medikamente hinaus würden dadurch „Aufzahlungsbeträge von bis zu 336 Euro pro Packung“ fällig, die die Patienten selbst tragen müssten. „Nach dem 1. Juni 2006 werden nur noch 45 Prozent der Verordnungen ohne Aufzahlung erhältlich sein.“ Von 256 Wirkstoffen in Festbetragsgruppen stünden 95 nicht mehr zum Festbetrag zur Verfügung.

KBV bringt höhere Krankenversicherungsbeiträge für ältere Menschen in die Diskussion

KBV, 9.1.06. scc. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung ist mit dem Vorschlag hervorgetreten, in der gesetzlichen Krankenversicherung nach Altersgruppen unterschiedene Tarife einzuführen. Der Vorschlag läuft darauf hinaus, ältere Krankenversicherte stärker zu belasten. Der KBV-Vorsitzende Köhler erläuterte, die unterschiedlichen Tarife sollten Alter und Krankheitsrisiko berücksichtigen. Innerhalb einer Generation sollten Altersrückstellungen vorgenommen werden, denkbar wäre beispielsweise, die durchschnittlichen Krankheitskosten je Altersjahrgang zur Rechengrundlage zu machen. Der Sozialverband Deutschland kritisierte die Forderung und machte geltend, dass ältere Menschen ihr Leben lang Beiträge gezahlt und damit erhebliche Vorleistungen gebracht hätten.

Familienpolitik verschärft soziale Ungleichheit

NGO-Online, 11.1.06. scc. Die Elternverbände haben den Beschluss zur Absetzbarkeit von Kinderbetreuung als sozial ungerecht kritisiert. „Arme Familien, die gar keine Steuern zahlen, werden benachteiligt, wenn die einzige Förderung der Kinderbetreuung in der Möglichkeit besteht, die Kosten von der Steuer abzusetzen“, so der Vorsitzende des Bundeselternrats. Er forderte, Geld statt für Steuerfreistellungen für die Finanzierung von kostenlosen Kindergarten, Lernmitteln und Schulspeisungen zu verwenden.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisierte die „mittelstandsorientierte

Familienpolitik“, die sozial Benachteiligte aus den Augen verliert. „Das Elterngeld darf auf keinen Fall zu finanziellen Einbußen bei Hartz-IV-Beziehern führen“, so der Vorsitzende Schneider. „Das würde den Graben zwischen Langzeitarbeitslosen und Gutverdienenden weiter vertiefen.“ Derzeit wird das Erziehungsgeld nicht mit dem ALG II verrechnet. Das droht bei Ersetzung des Erziehungsgeldes durch das Elterngeld.

Disziplinarklage wegen Folter-Befürwortung

RBB-Online, 28.12.05. rüL Die Berliner Justiz-Senatsverwaltung hat gegen einen Richter am Landgericht Disziplinarklage erhoben. Die Äußerungen des Juristen im Zusammenhang mit Folterdrohungen im Fall Jakob von Metzler (der Entführung und Ermordung des Frankfurter Bankierssohns Ende 2002) seien eine so schwer wiegende Verfehlung, dass sich Justizsenatorin Karin Schubert (SPD) zu diesem Schritt entschlossen habe, sagte eine Sprecherin der Senatorin.

Der frühere Frankfurter Vize-Polizeipräsident Wolfgang Daschner hatte 2002 angeordnet, dem Entführer Magnus Gäfgen mit Folter drohen zu lassen, um das Versteck des Bankierssohnes herauszubekommen. Gäfgen wurde wegen Mordes zu lebenslanger Haft mit besonderer Schwere der Schuld verurteilt. Der Berliner Richter schrieb dazu im Dezember 2004 in einem Zeitungsleserbrief, Gäfgen sei „ein Unmensch, ein Nicht-Mensch und damit ein Niemand. Und Niemand darf bekanntlich der Folter unterzogen werden.“ Diese öffentliche Äußerung des Richters soll nun mit der Disziplinarklage zu einer Bestrafung führen. Bei Richtern ist laut Senatsverwaltung die Disziplinarklage wahlweise des Dienstherrn auf Verweise beschränkt. Darüber hinaus gehende Disziplinarmaßnahmen wie Zurückstufung oder Entfernung aus dem Dienst können nur von Dienstgerichten verhängt werden.

Das Landgericht Frankfurt/Main hatte den früheren Vize-Polizeipräsidenten Daschner vor etwa einem Jahr wegen der angeordneten Folterdrohung zwar schuldig gesprochen, aber nur eine Geldstrafe angedroht. Daschner wurde in der Folgezeit an eine andere Dienststelle versetzt; eine Disziplinarstrafe gab es bei ihm nicht.

Österreichische Innenministerin Prokop kündigt Schutzzentren in Afrika an

Der Kurier, 6.1.06. hav. Noch unter österreichischem EU-Ratsvorsitz wird die EU in Afrika und vermutlich auch der

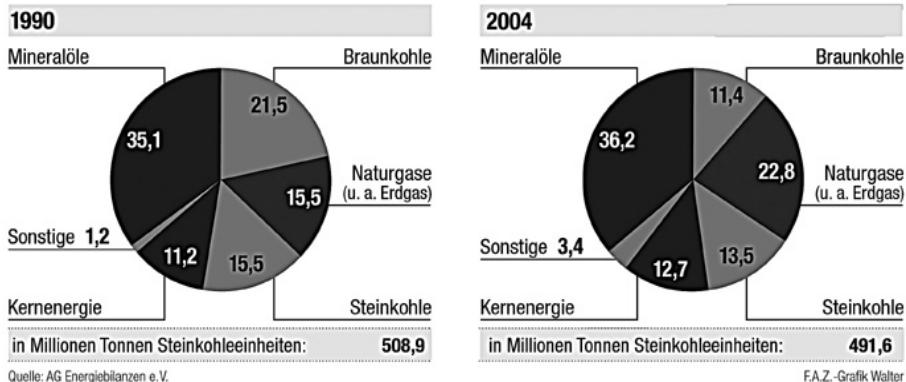
Ukraine „Schutzzentren“ für Flüchtlinge einrichten. Dies kündigte die österreichische Innenministerin Liese Prokop gegenüber dem „Kurier“ an. Zugleich forderte sie das EU-Kandidatenland Türkei auf, mit der Union ein Rückübernahme-Abkommen für illegale Einwanderer abzuschließen. Auch dies sei unter österreichischer Präsidentschaft „machbar“. „Es müsste sehr schnell gehen.“ Um das Flüchtlingsproblem anzupacken, „braucht es einen Stufenplan: Entwicklungshilfe und die Errichtung von Schutzzentren. In Afrika und wahrscheinlich in der Ukraine werden unter unserem EU-Vorsitz Schutzzentren aufgebaut“, sagte Prokop. Die EU-Kommission werde mit dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge ein Konzept zur Rückführung dieser Flüchtlinge entwickeln. „Für Flüchtlinge werden Projekte in der Heimat aufgebaut. Ein Teil könnte aber auch Arbeit in der EU finden.“ Einheitliche Asyl- und Einwanderungsregelungen in der Union solle es bis 2010 geben. Österreich werde dafür erste Schritte setzen. „Es soll eine Dokumentation über die Herkunftsländer von Flüchtlingen aufgebaut werden. Weiter soll es ein Vormerkssystem geben, unter welchen Bedingungen jemand in die EU eingereist ist und wie er ein Visum bekommen.

Abschiebestopp für Migranten und Migrantinnen aus Togo

Die Linke. 11.1.06. scc. Petra Pau, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiterin des Arbeitskreises „BürgerInnenrechte und Demokratie“, und Dietmar Bartsch, MdB aus Mecklenburg-Vorpommern und Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS, erklären: Die Fraktion DIE LINKE. fordert vom Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, unverzüglich einen Abschiebestopp für Migrantinnen und Migranten aus Togo durchzusetzen. Das Auswärtige Amt muss eine aktuelle Einschätzung der Menschenrechtslage und der Situation in Togo erarbeiten. Bis diese erstellt ist, sollten sich die Innenminister von Bund und Ländern auf einen bundesweiten Abschiebestopp für MigrantInnen aus Togo einigen. Hintergrund ist die drohende Abschiebung von Alassane Moussabou, der aktiver Teilnehmer an den international bekannt gewordenen Protesten gegen die in Togo herrschende Diktatur ist und dennoch kein Asyl erhalten hat. Er sitzt in Abschiebehaft in der JVA Bützow, Mecklenburg-Vorpommern, und sollte am 10. Januar vom Hamburger Flughafen aus mit einer Air France Maschine über Paris nach Lomé abgeschoben werden. Dagegen organisierte u.a. die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen eine Kampagne. Moussabou selbst machte auf dem Flughafen eindeutig klar, dass er nicht nach Togo zu-

Primärenergieverbrauch in Deutschland

Anteile 1990 und 2004 in Prozent



Uran ist genug da ...?

FAZ 4.1.06 maf Nach dem Koalitionsvertrag bleibt es beim Ausstieg aus der Kernenergie. Gesellschaftlich ist die Debatte voll im Gange. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die einer stärkeren Beteiligung der BRD-Wirtschaft an der Nutzung der Kernenergie den Weg bahnen möchte, weist immer wieder auf den weltweiten Anstieg dieser Art der Energiegewinnung hin. Aus Zahlen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) geht hervor, dass die Menge der so produzierten Energie bis 2030 auf das Zwei- bis dreifache steigen werden, der Anteil an der globalen Stromversorgung werde dann von heute 16 auf dann 27 Prozent steigen. Am stärksten nähme die Nutzung in Asien zu, vor allem in China und Indien. In Europa, wo Deutschland, Belgien, die Niederlande und Schweden die Atomstromerzeugung auslaufen ließen, sei der Bau von Kernkraftwerken praktisch zum Stillstand gekommen. Nach Einschätzung der IAEA gebe es ausreichend Uranvorräte. FAZ: „Die mit heutigen Fördermethoden erreichbaren Vorkommen würden unter den derzeitigen Marktbedingungen und Produktionsvolumina Brennstoff für 50 bis 65 Jahre bilden. Würden fortgeschrittene Fördermethoden entwickelt, dann könnte Brennstoff für „Jahrtausende“ erschlossen werden. Als weitere Garanten für nukleare Brennstoffe sieht die IAEA die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennstäbe mit Brutreaktoren. Derzeit würden etwa ein Drittel der Stäbe wiederaufgearbeitet. Wären es alle, dann würde sich die Menge des Brennstoffs versechzigfachen, der aus den bekannten Uranvorkommen gewonnen werden kann.“

rück kann und dass er sich nicht ausliefern lassen wird. Daraufhin entschied der Pilot, Herrn Moussabou nicht mitzunehmen. Dieser wurde in die JVA Bützow zurückgebracht. Seine Situation ist nach wie vor bedrohlich. Wird er abgeschoben, droht Hunderten togischer Flüchtlinge, die in Mecklenburg-Vorpommern leben, dasselbe Schicksal.

EU-Energiekommissar: Neben regenerativen Energien auch Kernkraft nutzen

Dradio Kultur. 6.1.06. hav. Neben regenerativen Energiequellen und einer besseren Energieeffizienz hat der EU-Energiekommissar Andris Piebalgs auch eine stärkere Nutzung der Kernenergie innerhalb der Europäischen Union vorgeschlagen. Zwar sei das Thema der Kernkraft in einigen Mitgliedsstaaten politisch umstritten, besonders in Ländern Osteuropas werde die Kernenergie dagegen als normale Energiequelle angesehen, erklärte Piebalgs im Deutschlandradio Kultur. Piebalgs betonte, dass es in einigen Mitgliedsstaaten bereits Entscheidungen für dieendlagerung von Atomabfällen gebe. Er räumte aber ein: „Kernkraft ist keine

billige Energie. Sie kostet sehr viel, besonders für die Sicherheitsfragen und für den nuklearen Abfall.“

Ebenso müsste die Europäische Union auf regenerative Energien wie Wind und Wasser setzen, sagte Piebalgs. Neuere und künftige Technologien wie Brennstoffzellen oder Kernfusion seien für aktuelle Probleme aber noch nicht geeignet: „Es ist klar, dass wir nicht so viele mögliche Lösungen haben. Aber wir haben doch einige Alternativen.“ Nach dem russisch-ukrainischen Gaskonflikt hat der EU-Kommissar für die Erdgasversorgung der EU neue Strukturen gefordert. Eine gemeinsame Verwaltung der Erdgasreserven in der EU sieht er dagegen nicht: „Es ist klar, dass energiepolitische Entscheidungen zurzeit auf der Ebene der Mitgliedsstaaten getroffen werden.“ Es müsste aber wenigstens ein System errichtet werden, durch das in Krisensituationen aufeinander abgestimmt reagiert werden könne. Piebalgs erklärte, dass neben den bestehenden Pipelines auch neue Gasversorgungslinien aus anderen Regionen gebaut werden könnten. Auch sei verflüssigtes Gas für die Versorgung der Europäischen Union wichtig.

Zusammenstellung: scc

„Die Hartz-Reformen verpuffen“ – der Kombilohn soll folgen

„Die Hartz-Reformen verpuffen“, schlagzeigte am 27. Dezember das „Handelsblatt“. „Große Teile der Hartz-Reformen verfehlten ihr Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken. Einzelne Teile wirken sogar kontraproduktiv. Das ist das Ergebnis der wissenschaftlichen Evaluierung der Reformpakete Hartz I bis III durch eine Reihe von Forschungsinstitutionen im Auftrag der Bundesregierung.“ Der mehrere tausend Seiten umfassende Bericht, erstellt „von den führenden ökonomischen Denkfabriken Deutschlands“, dem Wissenschaftszentrum Berlin und den Wirtschaftsinstituten DIW, RWI und ZEW, liege dem Blatt vor. Während andere Zeitungen das Thema aufgriffen und die Diskussion fortsetzen, wiegelte die Bundesregierung ab – der Bericht sei vorläufig und werde möglicherweise noch überarbeitet.

Die Hartz-Gesetze verpuffen nicht

Wenn das Thema nicht so ernst wäre, könnte man sich nur wundern. Dass die Hartz-Reformen nicht die Arbeitslosigkeit senken, sondern die Not von Arbeitslosen vertiefen, die soziale Rutschbahn bei Arbeitslosigkeit steiler stellen, war von Gewerkschaften, Arbeitslosenverbänden und anderen seit Beginn von Hartz I-II Anfang 2003 immer wieder kritisiert worden. Hunderttausende waren bei Demonstrationen auf die Straße

gegangen, die SPD, in eine schwere Krise geraten, hatte Landtagswahl auf Landtagswahl verloren, die WASG entstand, die Linkspartei erreichte 8% bei den Bundestagswahlen, die Arbeitslosenzahl sank nicht, schon gar nicht auf die Hälfte bis 2005, wie von Peter Hartz und Kanzler Schröder im Sommer 2002 verkündet, sondern stieg weiter – und nun, drei Jahre danach, wird diese Erkenntnis auch von den „führenden Denkfabriken“ des Landes geteilt? Eine Posse, könnte man meinen, vor allem, was den Zustand von Politik und Politikberatung durch „Denkfabriken“ angeht.

Tatsächlich kann von „verpuffen“ keine Rede sein. Die Hartz-Reformen „verpuffen“ nicht, sie wirken. Nur spielt sich diese Wirkung auf Gebieten ab, von denen die Regierung lieber ablenken würde – auf dem Feld der sozialen Verarmung. Die soziale Rutschbahn nach unten für Menschen, die arbeitslos werden, ist heute viel steiler als 2002, vor allem für Menschen, deren Lebenssituation und Jobs ohnehin schon prekär sind. Ihre Aussicht, wieder in reguläre Jobs zu kommen, sinkt weiter. Fast sieben Millionen Menschen, so die „Welt“ am 7.12.05, leben heute von Arbeitslosengeld II. Jedes siebte Kind unter 15 Jahren wächst mit ALG II auf.

PSA, Vermittlungsgutschein, Minijob, Ich-AG

Ausgeblieben sind dagegen die angeblichen Wirkungen von Hartz I bis III auf dem Arbeitsmarkt. 500.000 neue Jobs hatte die Hartz-Kommission angekündigt durch subventionierte Leiharbeit. In allen Arbeitsamtsbezirken musste eine subventionierte „Personal Service Agentur“ (PSA) geschaffen werden, die, unterstützt durch Subventionen der Arbeitsagentur, Arbeitslose an Firmen verleihen sollte, wo sie dann durch den so genannten „Klebeeffekt“ in reguläre Jobs kommen sollten. Nichts davon trat ein. Der größte PSA-Betreiber, die Firma Maatwerk, ging Pleite, im Jahresdurchschnitt 2005 waren nur 16.833 Arbeitslose bei PSAs untergebracht. Inzwischen werden die PSAs still und heimlich eingestellt. Die gewerbliche Leiharbeitsbranche, die sich anfangs über die öffentlich subventionierte Konkurrenz geärgert, dann aber selbst PSAs gegründet hatte, expandierte derweil weiter – von 335.000 Leiharbeitskräften Ende 2004 auf 385.000 Ende 2005. Ein Abbau von Arbeitslosigkeit ist damit nicht verbunden.

Ähnlich die „Vermittlungsgutscheine“. Angeblich sollten sie dazu dienen, um private Arbeits-Vermittler (früher bekannt als Sklavenhändler) zu bezahlen, die – angeblich viel erfolgreicher als

Was kommt noch? Neues zum 1.2.06

1. Ab 1. Februar wird die Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld I für alle Personen, die an diesem Tag oder später arbeitslos werden, verkürzt. Personen unter 55 Jahren Lebensalter haben dann nur noch Anspruch auf maximal 12 Monate Arbeitslosengeld I, Personen mit 55 Jahren Lebensalter und älter auf maximal 18 Monate. Bis zu diesem Tag hatten Arbeitslose, die 57 Jahre oder älter waren, Anspruch auf maximal 32 Monate Arbeitslosengeld I. Diese lange Dauer war unter der Regierung Kohl ausdrücklich als Maßnahme zur Entlastung der Kommunen von Sozialhilfe und zur Entlastung des Arbeitsmarktes von älteren Arbeitslosen eingeführt worden, nun sollen diese Personen weiter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Faktisch fallen sie durch die neue Regelung in das ALG II, müssen vorher ihre Ersparnisse weit-

gehend verbrauchen oder leben dann nur noch vom Einkommen ihres Lebenspartners.

2. Ebenfalls verkürzt werden die sogenannte „Anwartschaftszeit“ und die „Rahmenfrist“. Bis 31.1.06 galt: Anspruch auf Arbeitslosengeld I hat, wer vor Beginn seiner Arbeitslosigkeit in einer „Rahmenfrist“ von drei Jahren mindestens ein Jahr lang sozialversicherungspflichtig beschäftigt war und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatte. Saisonarbeitskräfte, Zivildienstleistende u.a. mussten in den letzten drei Jahren nur sechs Monate beitragspflichtige Arbeit nachweisen. Nun gilt: Anspruch auf Arbeitslosengeld I hat nur, wer in den letzten zwei Jahren vorher mindestens ein Jahr lang Beiträge in die Arbeitslosenkasse gezahlt hat, also sozialversicherungspflichtig beschäftigt war. Die Folge dieser beiden Änderungen ist: Hunderttausende von Saisonbeschäftigten, in der Landwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Tourismus,

Einzelhandel, aber auch bei Film, Funk und Fernsehen (dort gilt vielfach die Praxis: Arbeit nur, solange die Serie läuft), bekommen in Zukunft gar kein Arbeitslosengeld I mehr, obwohl sie möglicherweise eingezahlt haben, weil sie die vorgeschriebene Anwartschaftszeit in der Rahmenfrist von zwei Jahren nicht mehr erreichen. Sie fallen gleich ins ALG II.

3. Ebenfalls reduziert wird der sog. „Bestandsschutz“. Wer bisher z.B. normal verdiente, dann arbeitslos wurde und dann einen neuen, schlechter bezahlten Job erhielt, hatte drei Jahre noch „Bestandsschutz“, bekäme also bei erneuter Arbeitslosigkeit drei Jahre nach Ablauf der alten immer noch das Arbeitslosengeld in der alten Höhe. Diese Sperrfrist gegen ein immer tieferes Absinken bei wiederholter Arbeitslosigkeit ist nun auf zwei Jahre verringert. Die Rutschbahn nach unten wird noch steiler.

4. Auch die „Erlöschenregel“ wird zum 1.2.06 verschärft. Bisher erhalten

die schwerfällige Bundesanstalt für Arbeit – Arbeitslose wieder in Jobs bringen würden. Solche Gutscheine seien „kein geeignetes Instrument, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu befördern“, haben die Institute jetzt erkannt. Das Geld für die Vermittlungsgutscheine ist inzwischen in den Taschen privater Geschäftsleute gelandet. Die Arbeitslosigkeit ist geblieben.

Auch die vielgepriesenen „Minijobs“, mit Hartz I und II erheblich erleichtert und eine Zeitlang als neue Wunderwaffe auf dem Arbeitsmarkt gelobt, werden inzwischen nüchtern betrachtet. „Hinsichtlich des Ziels der Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt sind erhebliche Zweifel angebracht“, stellen die Institute fest. „Minijobber“ seien oft keine Übergangssituation in den ersten Arbeitsmarkt, sondern Dauerzustand. Dass Minijobber bei Krankheit oft gar keinen Lohn erhalten, schneller als andere ihren Job verlieren und ihnen, wenn sie keinen regulären Job erreichen, im Alter die Armut sicher ist, spricht sich langsam herum.

Nur die „Ich-AG“ und das „Überbrückungsgeld“, mit dem Arbeitslose sich als Selbständige versuchen können, kommen im Gutachten der Institute gut weg. Sie seien „erfolgreiche Instrumente der Arbeitsmarktpolitik“, schreibt das „Handelsblatt“. In Wirklichkeit ist diese Behauptung der Gutachter nur eine Momentaufnahme, eine „Wasserstandsmeldung“. Die „Ich-AGs“ hatten ihren Boom Ende 2004. Vor Inkrafttreten von Hartz IV versuchten viele Arbeitslose, ihren Absturz ins ALG II zu umgehen, indem sie vor Ablauf des regulären Arbeitslosengelds eine „Ich-AG“ gründeten. Im ersten Jahr gibt's da-

Arbeitslose, die 21 Wochen „Sperrzeiten“ überschreiten, keinerlei Geld mehr von der Agentur. Eine Sperrzeit von 12 Wochen gibt es schon bei jeder „Eigentümigung“, weitere 12 Wochen z.B. bei Ablehnung eines „zumutbaren“ Jobs. Wer also selber kündigt und dann einen zumutbaren Job ablehnt, kriegt keinen Cent Arbeitslosengeld mehr. Diese drakonische Maßnahme kann nun auch erfolgen, wenn ein Arbeitsloser während zweier Bezugszeiten von Arbeitslosengeld, die weniger als 12 Monate auseinander liegen, auf Sperrzeiten von mehr als 21 Wochen kommt. Wer also in einem Jahr zwei Mal selbst kündigt, hat 24 Wochen Sperrzeit und kriegt so überhaupt kein Arbeitslosengeld I mehr – wenn er Pech hat, obendrein kein ALG II. Auch hier wird die Verelendungsspirale gerade für ohnehin prekär und unstet Beschäftigte von der Regierung noch steiler gestellt.

Quelle: Pressemitteilung der Bundesregierung, 21.12.2005

für 600 Euro im Monat – für viele Arbeitslose mehr als ALG II. Dieses erste Jahr Ich-AG endete für viele am 31.12.2005.

Das dicke Ende kommt noch, 2006, spätestens 2007, wenn viele Ich-AGler nur noch 400 Euro oder 300 Euro im Monat erhalten und entnervt wieder aufgeben. Hoffentlich melden sie sich vor Ablauf von drei Jahren nach Beginn der Ich-AG wieder arbeitslos. Sonst fallen sie nämlich aus (fast) allen sozialen Sicherungen heraus.

Gescheitert sind falsche Theorien

Wirklich „verpufft“ sind andere Dinge. Zum Beispiel die Theorie, die mit den Hartz-Gesetzen verbundenen Steuersenkungen für Unternehmen würden deren „Investitionslust“ anstacheln und zu neuen Jobs führen. Erneut an einer störrischen Wirklichkeit gescheitert ist auch eine andere falsche Theorie: dass zu hoher Lohn „schuld“ an der Arbeitslosigkeit sei. Der Münchener Professor Sinn, Chef des Ifo-Instituts, verbreitete das seit Jahren. Man müsse nur die Löhne senken, dann steige auch die Beschäftigung. Seit mehr als zehn Jahren sinken hierzulande für mehr als die Hälfte aller Beschäftigten die Reallöhne – ohne dass die Arbeitslosenzahl sinkt. Das ist vermutlich auch die wirkliche Nachricht hinter dem dicken Gutachten zu Hartz I bis III: Die „führenden Denkfabriken“ bemerken langsam das Scheitern grundlegender Axiome ihrer liberalen Theorien. Ihnen geht es deshalb wie den Artisten in der Zirkuskuppel: Sie sind ratlos, was man tun soll, um die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu bessern.

Neues Wundermittel Kombilohn?

Wer aber nun auf neues Nachdenken über die Zusammenhänge zwischen Steuern und Wachstum, Lohn und Arbeitslosigkeit und ähnliches hofft, der irrt. Neue Wunderheiler tauchen auf, dieses Mal aus der CDU. „Die neue Wunderwaffe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit heißt Kombilohn. Die Arbeitslosenzahl könnte damit halbiert werden,“ erklärte Sachsen's Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU). Das erinnert fatal an die Ankündigungen von Peter Hartz vor drei Jahren“, berichtete am 4.1.06 die „Welt“. Der frühere CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer verkündete bereits zu Jahresbeginn, bis zu einer Million Langzeitarbeitslose könnten durch Kombilohn in Arbeit kommen (Berliner Zeitung, 2.1.06). Der „Kombilohn“ macht seitdem die Runde. Niedersachsen's Ministerpräsident Wulf, forscht wie immer, setzte sich sogleich an die Spitze und will schon zum 1. Juli einen Modellversuch starten. Die SPD ist zwar noch skeptisch und will eher Festlegungen beim Mindestlohn – aber am Ende wird sie sich wohl neuen „Modellen“ nicht verweigern.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Dabei sind Kombilöhne im Prinzip nicht neu. Denn auch die Minijobs sind eine Art „Kombilohn“ – der Gesetzgeber subventioniert sie, indem er Minijobbern vollen Krankenversicherungsschutz bei erheblich reduziertem Beitrag sowie Steuererleichterungen gewährt. Kein Wunder, dass Firmen deshalb zunehmend reguläre Jobs in „Minijobs“ aufspalten. Die Agentur für Arbeit praktiziert noch weitere Modelle – unter anderem Lohnkostenzuschüsse bei der Einstellung von Arbeitslosen, Zuschüsse zu Lohn und Sozialversicherungen bei Einstellung älterer Arbeitsloser bis hin zur vollständigen Befreiung vom Arbeitslosenbeitrag für solche Beschäftigte und deren Arbeitgeber. All das ist bekannt und führt zu massenhaftem Missbrauch, so genannten „Mitnahmeeffekten“, durch Betriebe. „Der Bundesrechnungshof und die Innenrevision der Bundesagentur haben in Untersuchungen bestätigt, dass es hier in der Vergangenheit Missbrauch in großen Stil gegeben hat“, berichtete DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer am 7.1.06 in der „Berliner Zeitung“.

Zwei verschiedene Modelle: Prof. Sinn ...

Tatsächlich spuken derzeit mindestens zwei neue Versionen von „Kombilohn“ durch die Öffentlichkeit. Einmal das Modell des schon genannten Professor Sinn. In der „Wirtschaftswoche“ hatte dieser schon im vergangenen Jahr, am 28.4.2005, sein Modell beschrieben. Er will das ALG II um ein Drittel kürzen, d.h. statt 345 Euro gibt's nur noch 230 Euro. Als „Ausgleich“ darf der ALG-II-Bezieher „mehr hinzuerdienen“, bis 500 Euro im Monat ohne Abzug. Sinn will damit faktisch erreichen, dass jeder Bezieher von ALG II zusätzlich einen Minijob annimmt. Wer auf mehr als 500 Euro kommt, also mehr verdient als im Minijob, dem wird 70% des Mehrverdienstes verrechnet mit ALG II und den Sozialabzügen. Ab etwa 900 Euro Gesamteinkommen gibt es bei diesem Kombilohn-Modell keinerlei öffentlichen Zuschuss mehr. Bei Vollzeit entspricht das Jobs für knapp über 5 Euro pro Stunde. Solche Jobs werden von Arbeitsgerichten bisher noch vielfach als „sittenwidrig“ verurteilt. In Wirklichkeit röhrt Sinn mit seinem Modell an genau dieser Schranke. Das Verbot der „Sittenwidrigkeit“ für Elendsjobs soll fallen. Vollzeitjobs, von denen ein menschenwürdiges Leben nicht mehr möglich ist, sollen drastisch zunehmen.

Nicht anders der sächsische Ministerpräsident Milbradt. In einem Interview in der „Berliner Zeitung“ antwortet Milbradt auf die Frage: „Wie verhindern Sie in diesem System Mitnahmeeffekte?“: „Überhaupt nicht. Die Lohnskala wird sich wie eine Ziehharmonika ausdehnen, und natürlich würde Arbeit für manche Betriebe billiger werden.“ (Ber-

liner Zeitung, 31.12.05) Die Lohnskala nach unten ausdehnen, sprich: noch mehr Menschen in billigste Jobs zu drängen, das ist das Ziel von Sinn, Milbradt & Co.

... und die „Magdeburger Alternative“

Ein anderes Modell, das ebenfalls vor allem in der CDU diskutiert wird, ist die sog. „Magdeburger Alternative“. „Der Begriff der „Magdeburger Alternative“ beschreibt ein Reformkonzept der Wirtschaftswissenschaftler Ronnie Schöb und Joachim Weimann von der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, das auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnsektor mit der Hilfe eines Kombilohn-Modells abzielt. Dabei sollen die Anreize zur Arbeitssuche erhöht werden und parallel die Bruttolöhne bei Geringqualifizierten gesenkt werden. Das Konzept wurde von den Professoren im Jahr 2002 entwickelt ... Demnach erstattet die Bundesregierung Arbeitgebern, die Sozial- oder Arbeitslosenhilfeempfänger entsprechend den tariflichen Regelungen für die unterste Lohngruppe neu einstellen, die gesamten bezahlten Sozialversicherungsbeiträge, d.h. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge. Als Vorteil dieser Maßnahme sehen die Autoren eine Senkung der Arbeitskosten um rund 35 Prozent, zugleich bleibe der Nettolohn des Neueingestellten unberührt“, heißt es im Internet bei „Wikipedia“.

Das Modell wirkt deutlich sympathischer als das von Sinn & Co., vor allem dann, wenn wirklich Tariflöhne gezahlt würden. Außerdem ließe sich für die öffentliche Hand bei diesem Modell gegenüber 1-Euro-Jobs sogar Geld sparen, da die Beiträge zur Sozialversicherung deutlich weniger kosten als ALG II plus 1-Euro-Job plus Kosten der Unterkunft.

Problematisch ist hier nur – ähnlich wie bei anderen Modellen – die Abgrenzung bzw. die Gefahr von „Drehtür-Effekten“. Was hindert Unternehmen, ihre komplette Belegschaft zu entlassen und die gleichen Leute wenig später als „Kombilöhner“ – subventioniert vom Arbeitsamt – wieder einzustellen? In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes, im Handwerk, Taxigewerbe, Einzelhandel, Tourismus, bei allen Jobs, in denen neue Beschäftigte schnell einzuarbeiten sind, droht so eine weitere Untergrabung regulärer Jobs durch subventionierte Kombijobs. Zumal eine Orientierung an Tariflöhnen im Modell der beiden Professoren zwar vorgesehen, aber keineswegs zwingend ist.

Wie schnell reguläre Jobs immer noch wegfallen und prekäre entstehen, zeigt der jüngste Arbeitsmarktbericht der Agentur für Arbeit für Berlin und Brandenburg. Dort gingen 2005 erneut 70.000 sozialversicherungspflichtige Jobs verloren. Gleichzeitig wurden 53.000 „Ein-Euro-Jobs“ eingerichtet.



Druck auf die Bruttolöhne bei Geringqualifizierten

Dieser soziale Erosions- und Verarmungsprozess würde durch ein Projekt à la „Magdeburger Alternative“ trotz seiner Vorteile gegenüber Sinn & Co. auch nicht gebremst, sondern weiter gefördert.

Trotzdem wabert das Modell durch die Flure von Ministerien, speziell bei der CDU, und durch die Presse. Die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein hatten sich mit den Magdeburger Professoren schon im Sommer 2005 in Verbindung gesetzt und bereiten Modellversuche vor.

Auch in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU/CSU vom 11. November 2005 sind solche Modelle angekündigt. „Die Koalitionsparteien sind sich darüber einig, dass der so genannte Niedriglohnsektor an sich und seine Zusammenhänge mit der Gesamthöhe von Sozialtransfers an Bedarfsgemeinschaften einer Neuregelung bedürfen. Wir wollen einerseits sicherstellen, dass Löhne nicht in den Bereich der Sittenwidrigkeit heruntergedrückt werden können, aber andererseits Menschen mehr als bisher die Möglichkeit auch zur Beschäftigung mit niedrigen Einkommen anbieten ... Wir werden deshalb die Einführung eines Kombilohn-Modells prüfen ...“, heißt es da.

Diese Debatte ist jetzt durch Milbradt, Wulf & Co. eröffnet. Die Landesregierung von Niedersachsen will, so erste Presseberichte, ab 1.7.06 die Neueinstellung von ALG-II-Beziehern bis maximal 1.500 Euro Bruttoverdienst mit 400 Euro monatlich sechs Monate lang fördern. 200 Euro davon erhält der (bisher) Arbeitslose, 200 Euro der Arbeitgeber. Sicherungen gegen den sog. „Drehtüreffekt“ waren der Presse nicht zu entnehmen. Gut möglich ist also, dass

Wulf solche Sicherungen gar nicht will.

Alternativen?

Trotzdem: Das Thema macht Stimmung, die Presse wälzt das „neue Modell“, die Union dürfte damit auch in die kommenden Landtagswahlen ziehen. Alternativen sind also gefragt. Leider äußern Gewerkschaften und Linkspartei derzeit mehr (richtige) Bedenken, als dass sie eigene Modelle vorbringen. Sicher: Es gibt die PDS-Linkspartei-Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Aber das allein dürfte nicht reichen.

Ein alternatives Modell hatte der DGB schon in den Jahren 2002/2003 vorgeschlagen, nämlich Freibeträge in der Sozialversicherung, ähnlich wie im Steuerrecht. Würden für die ersten 200 oder 300 Euro Einkommen keine Beiträge zur Sozialversicherung verlangt, aber der volle Sozialversicherungsschutz gewährt, wäre das eine Entlastung aller niedrigen Einkommen. Der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS) unterstützt diese Idee regelmäßig, findet dabei aber kaum Unterstützung. Auch in den Gewerkschaften selbst ist das Modell umstritten. Denn solche Freibeträge würden zu erheblichen Einnahmeausfällen führen. Je nach Höhe des Freibetrags würden Krankenkassen, Rentenkassen, Pflege- und Arbeitslosenversicherung 20 bis 30 Milliarden Euro weniger einnehmen. Das erfordert also eine erhebliche Umstrukturierung der Finanzierung der Sozialversicherungen – weg von Beiträgen, hin zu Steuern.

rül

Quellen: Die Welt, 7.12.05; Handelsblatt, 27.12.05, Berliner Zeitung, 31.12.05, 2.1.06, 7.1.06; Die Welt, 4.1.06, taz, 4.1.06., Berliner Morgenpost, 8.1.06.

Formierung der Reaktion – Deformierung des Rechtsstaates

Politisch-praktisch ist der baden-württembergische „Gesprächsleitfaden für die Einwanderungsbehörden“ – siehe Dokument Seite 8 – Teil einer Strategie, durch staatliches Handeln den Anteil der Muslime an der Bevölkerung der BRD klein zu halten und womöglich zu vertreiben. Wahlpolitisch zielt die konservative Politik mit dieser Aktion auf traditionsorientierte und obrigkeitsgläubige Wählerinnen und Wähler, die ihre Lebensweise und auch ihre Arbeitsmarktposition durch die Migration bedroht sehen. Von faschistischer Hetze ist diese Politik nur noch durch einen, freilich wichtigen, Punkt unterschieden. Das vermutete (und verzeichnete) Bekenntnis wird nicht mit der Abstammung verknüpft.

Die Attacke wirkt jedoch über diese praktischen Ziele hinaus. Wir erleben einen Formierungsprozess der Eliten, die den Staat tragen (und von ihm leben). Wer so etwas nach Verfahren und Inhalten ersieht, ist von eigenem Interesse an kultureller Homogenität getrieben. Hier wird eine Einstellung zu den mit der Globalisierung der Welt verbundenen Kommunikationsproblemen praktische Politik, die auf Kulturmobilisierung vermittels staatlicher Gewalt aus ist. Diese Beamten sind bereit, über die Grenze zu gehen, die dem staatlichen Handeln durch die protestantischen, aufklärenden, demokratischen Bewegungen in langen Auseinandersetzungen gezogen wurde.

Die Behörde begnügt sich nicht mit Unterrichtung oder Belehrung über die Regeln, die im Rechtsraum der BRD gelten, gehässig und von Vorurteilen triefend könnte auch eine solche Belehrung ein Skandal sein. Aber hier will man behördlich etwas über die innere Einstellung der Antragstellenden erfahren.

Spätestens seit der Reformation beanspruchten Menschen auch in den deutschen Ländern, dass niemand sich in die Zwiesprache einzumengen hat, die der Mensch mit seinem Gott, seinem Gewissen, seiner besseren Einsicht usw. hält, wenn eine Handlung von sozialer Tragweite ansteht.

Wer dazu einen Rat nötig hat – und wer nicht? – spricht eine Vertrauensperson an, traditionell Eingestellte auch einen Pfarrer, Säkulare eine Psychologen, oft trifft es dann den Hausarzt, zahlungsfähige Hartgesottene gehen gleich zum Anwalt usw. – Die Bürde des Urteilens können solche Beratungen der Person nicht abnehmen. Sie handelt mündig und bleibt verantwortlich. So weit die Ordnung der Moderne, die Kul-

tur und Zivilisation und Zusammenleben dadurch trägt, dass sie die Rechtfertigung: „Eine Autorität hat es mir befohlen“ nicht gelassen lässt.

In der Ordnung des „Leitfadens“ geht das anders zu. Hier wird nicht jemand über die Bedingungen seines geplanten Schrittes unterrichtet, um dann selbstverantwortlich zu entscheiden. In diesem speziellen Diskurs drängelt sich die Amtsperson in das Innenleben des Antragstellers, tritt dort als Gewissen, beseres Wissen auf und entscheidet schließlich.

Ein solcher Eingriff des Staats hat Rechtfertigung nötig und findet sie in der Kritik veralteter Formen des Rechtslebens und der Familienorganisation. Pflicht zur Rache und Recht zu hausherrlicher Strafbefugnis sind in den Gesellschaften der EU fast ganz verschwunden, bestehende Reste verfallen der Kritik und dem Strafrecht. Die moderne, zivile Gesellschaft weiß recht gut und genau, wie sie die Gefahren, die von solchem veralteten Verhalten ausgehen, abzuwehren hat, und sie kennt die Verfahren, die seine Veraltung beschleunigen.

Dafür entscheidend ist die Garantie persönlicher Rechte, die Menschen, die von Racheaktionen und patriarchaler Bevormundung und Misshandlung betroffen sind, geltend machen können. Die Begründung und Durchsetzung solcher Rechte zerstört die Legitimationsgrundlage von Rache und der gewaltbereiten Familiendisziplinierung, die im tradierten Denken der Täter nämlich keineswegs als Rechtsbruch begriffen werden, sondern im Gegenteil als Vollzug von Recht, nicht im Gegensatz zum übergeordneten Gesetz und zur Religion, sondern als Erfüllung anerkannter gesellschaftlicher Pflichten.

Es ist am Gesetzgeber, die Rechtsordnung entsprechend einzurichten, und es ist an den Religionsgemeinschaften, die Geltung entsprechender Gesetze anzuerkennen. Nun gehen Traditionen freilich viel langsamer unter als die Verhältnisse, aus denen sie einst eine Begründung zogen.

Lange nachdem das Institut der Rache hierzulande seinen sozialen Sinn verloren hat, löst an einer nahestehenden Person begangenes Unrecht auch jetzt und hier wildes und mindestens verbal überschäumendes Strafbedürf-



nis aus, besonders bei Verbrechen an Kindern (denen gegenüber alle sich bis zu einem gewissen Grade als Eltern fühlen). Die Strafbefugnis der Eltern an den Kindern ist zwar eingegrenzt, aber keineswegs verschwunden.

Verfahren der Modernisierung solchen Verhaltens greifen, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse, die jene alten Pflichten aufbürdeten, verschwunden sind und weil die Möglichkeiten alternativen Verhaltens ausgebreitet da liegen. Nur auf dieser Grundlage kann heute strafbewehrt unterbunden werden, was gestern tradierte Pflicht war.

Deformiert sich aber eine Gesellschaft zur Mehrheitsgesellschaft, indem sie bestimmte Personenkreise sozial und rechtlich ausgrenzt, müssen soziale Subsysteme entstehen, die ihre Mitglieder auf irgendeine Art schützen, ein bekanntes Beispiel boten die Mafia-„Familien“ der USA, deren windungsreicher Übergang in die Moderne in einer Vielzahl von Romanen und Filmen gefeiert wird.

Es lässt sich schon vertreten, dass Zuwandernde erfahren, welche anderswo vielleicht noch lebendigen und gängigen Rechte sie in der BRD z.B. als Familienoberhaupt oder Zugehöriger einer Verwandtschaft nicht genießen, ja sogar bei Androhung von Strafe nicht ausüben dürfen. Diese Fakten müssen bekannt gemacht werden. Das in Baden-Württemberg eingeschlagene Verfahren zielt aber nicht in diese Richtung. Es zerstört vielmehr die Grundlagen, die zu verteidigen man vorgibt oder wähnt.

Es muss deutlich unterstrichen werden, dass die Verfahrensweise selbst nicht auf das Anwendungsgebiet der Zuwanderung begrenzt ist. Umstritten war und ist die amtliche Prüfung der Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen, trotz der Reformanstrengungen der sechziger Jahre hat sich die Staatsmacht ein ausbaufähiges Gewissensprüfungsprivileg erhalten. Auch ist die rechtliche Ordnung der Berufsverbote, in deren Vollzug tiefgehende Prüfungen der Bewerberinnen und Bewerber abgehalten wurden, durch europäisches Recht nicht gänzlich unterbunden.

So kommt in dieser Sache allerhand zusammen: die Tendenz des Staates, sich zum obrigkeitlichen oder, um einen modernen Namen zu nehmen, zum Gottesstaat aufzublähen. Die Politik der kulturellen Homogenisierung, die das Land in der Weltgesellschaft als von anderen bedrohte Schicksalsgemeinschaft sieht. Die Errichtung einer kulturellen Front zwischen der muslimischen und der christlichen Welt. Die Integration von Menschen verschiedener kultureller Orientierung hingegen setzt den Respekt vor den Rechten und der Würde jeder einzelnen Person besonders durch den Staat voraus.

maf

Der Leitfaden

Dokumentiert nach FAZ vom 10.1.2006:

„Waren die Täter in Ihren Augen Terroristen oder Freiheitskämpfer?“

Der „Gesprächsleitfaden für die Einwanderungsbehörden“ in Baden-Württemberg soll dem Beamten der Behörden als Hilfestellung für ein Gespräch mit dem Bewerber dienen, das vom Beamten protokolliert und vom Antragsteller durch eine „Erklärung des Einwanderungsbewerbers“ bestätigt wird. Der Leitfaden, der also kein Fragebogen sein soll, hat folgenden Wortlaut:

„Vorbemerkung“

Das Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist Einbürgerungsvoraussetzung nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StAG. Entsprechendes gilt im Rahmen der Ermessenseinbürgerung. Es darf deshalb keineswegs als Formale gehandhabt werden, die mit der Unterschrift unter die Bekennniserklärung erfüllt ist. Soweit die Einbürgerungsbehörde Zweifel hat, ob der Einbürgerungsbewerber den Inhalt seiner Erklärung wirklich verstanden hat und ob sie seiner inneren Überzeugung entspricht, führt sie ein Gespräch mit ihm unter Verwendung dieses Leitfadens. Die Ergebnisse des Gesprächs sind zu dokumentieren und vom Einbürgerungsbewerber zu unterschreiben. Dabei sind auch Erläuterungen zu den jeweiligen Antworten zu erfragen und festzuhalten. Der Einbürgerungsbewerber ist darauf hinzuweisen, dass unwahre Angaben als Täuschung der Einbürgerungsbehörde gewertet werden und – auch noch nach Jahren – zur Rücknahme der Einbürgerung führen können. (. .)

1. Das Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland umfasst die Wertordnung des Grundgesetzes, die inhaltsgleich für alle Staaten der Europäischen Union gilt. Dazu gehören unter anderem

- der Schutz der Menschenwürde
- das Gewaltmonopol des Staates, das heißt, außer dem Staat darf in der Bundesrepublik Deutschland niemand Gewalt gegen einen anderen anwenden, es sei denn in Notwehr. Der Staat selbst darf Gewalt nur auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung anwenden
- sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Entsprechen diese Grundsätze Ihren persönlichen Vorstellungen?

2. Was halten Sie von folgenden Aussagen?

- „Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, die wir haben, aber die beste, die es gibt.“
- „Die Menschheit hat noch nie eine so dunkle Phase wie unter der Demokratie erlebt. Damit der Mensch sich von der Demokratie befreien kann, muss er zuerst begreifen, dass die Demokratie den Menschen nichts Gutes geben kann . . .“

3. In Filmen, Theaterstücken und Büchern werden manchmal die religiösen Gefühle von Menschen der unterschiedlichen Glaubensrichtungen verletzt. Welche Mittel darf der einzelne Ihrer Meinung nach anwenden, um sich gegen solche Verletzungen seines Glaubens zu wehren, und welche nicht?

4. Wie stehen Sie zu Kritik an einer Religion? Halten Sie diese für zulässig? Setzen Sie sich damit auseinander?

5. In Deutschland können politische Parteien und Vereine wegen verfassungfeindlicher Betätigung verboten werden.

Würden Sie trotz eines solchen Verbots die Partei oder den Verfeindten doch unterstützen? Unter welchen Umständen?

6. Wie stehen Sie zu der Aussage, dass die Frau ihrem Ehemann gehorchen soll und dass dieser sie schlagen darf, wenn sie ihm nicht gehorsam ist?

7. Halten Sie es für zulässig, dass ein Mann seine Frau oder seine Tochter zu Hause einschließt, um zu verhindern, dass sie ihm in der Öffentlichkeit „Schande macht“?

8. In Deutschland kann die Polizei bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Eheleuten einschreiten und zur Abwehr von weiteren Gefahren den Täter für einige Tage aus der Wohnung verweisen? Was halten Sie davon?

9. Halten Sie es für einen Fortschritt, dass Männer und Frauen in Deutschland kraft Gesetzes gleichberechtigt sind? Was sollte der Staat Ihrer Meinung nach tun, wenn Männer dies nicht akzeptieren?

10. In Deutschland kann jeder bei entsprechender Ausbildung nahezu jeden Beruf ergreifen. Was halten Sie davon? Sind Sie der Meinung, dass bestimmte Berufe nur Männern oder nur Frauen vorbehalten sein sollen? Wenn ja, welche und warum?

11. Welche Berufe sollte Ihrer Meinung nach eine Frau auf keinen Fall ausüben? Hätten Sie bei bestimmten Berufen Schwierigkeiten, eine Frau als Autoritätsperson anzuerkennen?

12. In Deutschland kann jeder selbst entscheiden, ob er sich lieber von einem Arzt oder einer Ärztin behandeln lässt. In bestimmten Situationen besteht diese Wahlmöglichkeit jedoch nicht: Notfall, Schichtwechsel im Krankenhaus. Würden Sie sich in einem solchen Fall auch von einer Ärztin (männlicher Einbürgerungsbewerber) oder einem Arzt (Einbürgerungsbewerberin) untersuchen oder operieren lassen?

13. Man hört immer wieder, dass Eltern ihren volljährigen Töchtern verbieten, einen bestimmten Beruf zu ergreifen oder einen Mann ihrer Wahl zu heiraten. Wie stehen Sie persönlich zu diesem Verhalten? Was würden Sie tun, wenn Ihre Tochter einen Mann anderen Glaubens heiraten oder eine Ausbildung machen möchte, die Ihnen nicht gefällt?

14. Was halten Sie davon, dass Eltern ihre Kinder zwangswise verheiraten? Glauben Sie, dass solche Ehen mit der Menschenwürde vereinbar sind?

15. In Deutschland gehört der Sport- und Schwimmunterricht zum normalen Schulunterricht. Würden Sie Ihre Tochter daran teilnehmen lassen? Wenn nein: Warum nicht?

16. Wie stehen Sie dazu, dass Schulkinder an Klassenausflügen und Schullandheimaufenthalten teilnehmen?

17. Ihre volljährige Tochter/Ihre Frau möchte sich gerne so kleiden wie andere deutsche Mädchen und Frauen auch. Würden Sie versuchen, das zu verhindern? Wenn ja: Mit welchen Mitteln?

18. Bei Einbürgerungsbewerberinnen: Ihre Tochter möchte sich gerne so kleiden wie andere deutsche Mädchen und Frauen auch, aber Ihr Mann ist dagegen? Was tun Sie?

19. Ihre Tochter/Schwester kommt nach Hause und erzählt, sie sei sexuell belästigt worden. Was tun Sie als Vater/Mutter/Bruder/Schwester?

20. Ihr Sohn/Bruder kommt nach Hause und erzählt, er sei be-

leidigt worden. Was tun Sie als Vater/Mutter/Bruder/Schwester?

21. Erlaubt das Grundgesetz Ihrer Meinung nach, seine Religion zu wechseln, also seine bisherige Glaubensgemeinschaft zu verlassen und ohne Religion zu leben oder sich einer anderen Religion zuzuwenden? Was halten Sie davon, wenn man wegen eines solchen Religionswechsels bestraft würde (z. B. mit dem Verlust des Erbrechts)?

22. Sie erfahren, dass Leute aus Ihrer Nachbarschaft oder aus Ihrem Freundes oder Bekanntenkreis einen terroristischen Anschlag begangen haben oder planen. Wie verhalten Sie sich? Was tun Sie? (Hinweis für die EBB: Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Dr. Nadeem Elyas, hat im ZDF am 15.7.2005 – nach den Anschlägen in London – erklärt, die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden sei für Muslime „ein islamisches Gebot und kein Verrat“!)

23. Sie haben von den Anschlägen am 11. September 2001 in New York und am 11. März 2004 in Madrid gehört. Waren die Täter in Ihren Augen Terroristen oder Freiheitskämpfer? Erläutern Sie Ihre Aussage.

24. In der Zeitung wird manchmal über Fälle berichtet, in denen Töchter oder Ehefrauen von männlichen Familienangehörigen wegen „unsittlichen Lebenswandels“ getötet wurden, um die Familienehre wiederherzustellen. Wie stehen Sie zu einer solchen Tat?

25. Was halten Sie davon, wenn ein Mann in Deutschland mit zwei Frauen gleichzeitig verheiratet ist?

26. Wie beurteilen Sie es, wenn ein verheirateter Mann aus Deutschland in seinen früheren Heimatstaat fährt und dort ein zweites Mal heiratet?

27. Manche Leute machen die Juden für alles Böse in der Welt verantwortlich und behaupten sogar, sie steckten hinter den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York? Was halten Sie von solchen Behauptungen?

28. Ihre Tochter bewirbt sich um eine Stelle in Deutschland. Sie bekommt jedoch ein ablehnendes Schreiben. Später erfahren Sie, dass eine Schwarzafrikanerin aus Somalia die Stelle bekommen hat. Wie verhalten Sie sich?

29. Stellen Sie sich vor, Ihr volljähriger Sohn kommt zu Ihnen und erklärt, er sei homosexuell und möchte gerne mit einem anderen Mann zusammenleben. Wie reagieren Sie?

30. In Deutschland haben sich verschiedene Politiker öffentlich als homosexuell bekannt. Was halten Sie davon, dass in Deutschland Homosexuelle öffentliche Ämter bekleiden?

Erklärung des Einbürgerungsbewerbers:

Meine Antworten und Erläuterungen zu den gestellten Fragen sind korrekt wiedergegeben und entsprechen meiner tatsächlichen inneren Einstellung. Ich hatte keine Schwierigkeiten, die Fragen zu verstehen; soweit ich sie nicht gleich verstanden habe, wurden sie mir so erklärt, dass ich alles verstanden habe. Ich wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass unwahre Angaben als Täuschung der Einbürgerungsbehörde gewertet werden und – auch noch nach Jahren – zur Rücknahme der Einbürgerung führen können, selbst wenn ich dadurch staatenlos werden sollte.

Ort, Datum Unterschrift

(F.A.Z.)



Die ägyptische Regierung hat angekündigt, 650 sudanesische Flüchtlinge abzuschlieben. Als „Grund“ gibt sie an, die Flüchtlinge hielten sich illegal in Ägypten auf bzw. hätten Sicherheitsauflagen nicht erfüllt. Die Flüchtlinge waren am 30. Dezember verhaftet worden. An diesem Tag räumte die Polizei ein Behelfslager (Bilader) mit mehr als 1000 Flüchtlingen aus Sudan und erschoss dabei 25 Menschen. Hintergrund des Blutbades ist, dass der UNHCR den Flüchtlingen den Flüchtlingsstatus wegen des Friedensvertrags im Sudan aberkannt hat. Bereits im Juni hatte er Entscheidungen über den Status sudanesischer Asylsuchender für die Dauer von sechs Monaten ausgesetzt. Dagegen hatten die Flüchtlinge mehrfach protestiert und u.a. Ende September das Behelfslager vor dem UNHCR-Gebäude errichtet, in dem zeitweilig 5000 bis 6000 Menschen lebten, ohne Wasser, ohne regelmäßige Nahrung, ohne festes Dach über dem Kopf. Augenzeugen berichten über die katastrophale Situation der Flüchtlinge bzw. sudanesischen Migranten in Ägypten. Einige der Bewohner des Behelfslagers waren eben erst den Bürgerkriegsständen in einigen Regionen des Sudans entronnen, andere lebten z.T. schon fünf, ja bis zu 25 Jahren im ägyptischen Asyl, arbeiten für Hungerlöhne, um sich und ihre Kinder über Wasser zu halten, ohne Rechte und rassistisch verfolgt. Selbst islamische Gemeinden und christliche Kirchen boten den Flüchtlingen keine Unterstützung, oft hängen sogar an religiösen Einrichtungen Schilder mit der Aufschrift „Für Schwarze verboten“.

Teheraner Busfahrer kämpfen für ihre Gewerkschaft

Seit rund drei Wochen kämpfen die in der Gewerkschaft Vahed (Einheit) organisierten Teheraner Busfahrer für die Freilassung des Vahed-Vorsitzenden Mansur Ossanlou. Dieser war am 22. Dezember zusammen mit 13 weiteren Gewerkschaftsmitgliedern wegen „illegaler Gewerkschaftstätigkeit“ verhaftet worden. Während die anderen Verhafteten nach einem Streik der Busfahrer am 25.12., der von vielen Teheranern unterstützt wurde, freigelassen wurden, bleibt Ossanlou im als Folterzentrum berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert. Dort darf ihn außer seiner Frau, die ihn einmal sehen konnte, niemand besuchen. Inzwischen gibt die Staatsanwaltschaft als Haftgrund „Kontakte zu ausländischen Organisationen“ bzw. Spionage an, als „Beweis“ muss ein Spendenkonto mit Solidaritätsgeldern herhalten. Damit droht ihm eine lange Gefängnisstrafe, im schlimmsten Fall die Todesstrafe. – Auch nach dem Streik am 25.12. gehen die Protestaktionen weiter, am 2. Januar versammelten sich Tausende Arbeiter in einem Stadion, um ihre Forderung nach Freilassung sowie nach Lohnerhöhung und Bezahlung von Überstunden zu

unterstreichen. Auch finden Mahnwachen statt. Die Busfahrer haben dem Bürgermeister ein Ultimatum gestellt, nach dessen Ablauf sie wieder in den Streik treten wollen. Um die Busfahrer in die Knie zu zwingen, wurden die Gewerkschaftskonten gesperrt und die Auszahlung der Löhne an die Gewerkschaftsmitglieder gestoppt. – Die Löhne der Busfahrer liegen noch unter dem Mindestlohn und reichen kaum zur Deckung der Mieten. Das führte in den letzten Monaten immer wieder zu Streiks im Nahverkehr. Vahed war erst im Juni 2005 gegründet worden, nachdem mehrere Gründungsversuche durch Schlägertrupps verhindert wurden. Der unabhängigen Gewerkschaft soll rund die Hälfte der 16.000 Angestellten im öffentlichen Nahverkehr der iranischen Hauptstadt angehören. Unabhängige



Gewerkschaften sind laut Gesetz verboten, nur die Islamischen Arbeiterräte in den Betrieben werden anerkannt. In der Öffentlichkeit finden die Aktionen der Busfahrer viel Unterstützung. Taxifahrer schlossen sich dem Streik an. Am 1.1. schrieben Hunderte bekannte Schriftsteller, Gewerkschaftsaktivisten, Studenten und Parlamentsmitglieder einen Offenen Brief an die Regierung, in dem sie die Einhaltung der ILO-Konvention und die Freilassung Ossanlous forderten. Gewerkschaften in Jordanien, Tunesien und Palästina, die dem ITF angeschlossen sind, rufen dazu auf, gegen die Verhaftung Ossanlous bei der iranischen Regierung zu protestieren und das Recht auf unabhängige gewerkschaftliche Organisierung zu verteidigen. – Das Bild zeigt den Protest von 200 Arbeitern einer Glasfabrik in Teheran am Jahresende. Die Arbeiter versammelten sich außerhalb des Fabrikgeländes und zündeten Barrikaden an, sie fordern die Auszahlung ihrer seit 10 Monaten überfälligen Löhne.

Edinburgh: Mieter für Erhalt des städtischen Wohneigentums

In einer selbstorganisierten Mieterbefragung in der schottischen Hauptstadt Edinburgh stimmten 53% der beteiligten Mieter – bei einer Wahlbeteiligung von 60% – gegen die Übergabe städtischen Wohneigentums an eine Wohnungsgenossenschaft. Hintergrund der Abstimmung ist die Initiative der Blair-Regierung, „historische“ Schulden des kommunalen Wohnungsbaus zu erlassen, wenn das Eigentum übergeben wird. Im Fall Edinburgh belaufen sich die Schulden auf über 300 Mio. Pfunde, gegenwärtig werden 40% des Mieteinkommens verwendet, um die Schulden zurückzuzahlen. Viele der heute noch kommunal verwalteten Wohnungen – in Großbritannien gehört dazu derzeit noch ein Fünftel der Häuser – wurden in den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts gebaut oder kurz nach dem zweiten Weltkrieg. Seit den 70ern wurde kaum noch in Neubauten oder Instandhaltung der städtischen Wohnungen investiert. Als 1980 die Mieter gesetzlich das Recht erhielten, ihre Wohnungen mit Preisnachlässen bis zu 60% zu kaufen, wurde rund die Hälfte der damals kommunalen Wohnungen privat. Die weniger attraktiven Wohnungen blieben in kommunalem Eigentum – bei Mieten, die im 17% unter dem Landesdurchschnitt liegen – und sollen nun abgestoßen werden. Nicht nur in Edinburgh wehren sich die betroffenen Mieter, sondern auch in Aberdeen und Dundee, beides Schottland, sowie in zahlreichen englischen Gemeinden, u.a. in Sedgefield, dem Wahlkreis von Tony Blair. (Quelle: Indymedia)

Zusammenstellung: scc

HAMBURG. 50 000 Hafenarbeiter haben am 11. Januar europaweit an den Protesten gegen die EU-Hafenrichtlinien Port Package II teilgenommen, darunter auch in allen deutschen Seehäfen, vor allem in Bremerhaven und Hamburg, aber auch Lübeck, Rostock, Nordenham, Brake, Emden. Allein in Hamburg, wo sich kein Kran mehr bewegte, nahmen rund 2000 Hafenarbeiter und -arbeiterinnen an den ganztägigen Kundgebungen und Demonstrationen teil. Im zweitgrößten europäischen Hafen sind rund 6000 Menschen zu Tariflöhnen beschäftigt. Träte Port Package II in Kraft, könnte das Laden und Löschen zukünftig durch „Selbstabfertigung“ erfolgen, es entstünde eine harte Konkurrenz zwischen Hafenarbeitern und Seeleuten. ver.di fürchtet, dass dann Tausende Arbeitsplätze vernichtet werden. scc



Demonstrationen am 11. und 14.2. gegen EU-Dienstleistungsrichtlinie

BERLIN. Am 14. Februar will das Europäische Parlament die EU-Dienstleistungsrichtlinie („Bolkestein-Richtlinie“) beschließen. Gewerkschaften und soziale Bewegungen in Europa rufen zu Großdemonstrationen und Protestaktionen gegen das Lohn- und Sozialdumping auf. Geplant sind folgende drei Demonstrationen: * Samstag, 11. Februar: Demonstration in Berlin vor dem Wirtschaftsministerium (ebenso Demos in anderen europäischen Hauptstädten) * Samstag, 11. Februar: Demonstration in Strasbourg * Dienstag, 14. Februar: Demonstration in Strasbourg. Aus Sicht der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen sind die drei Termine politisch gleich wichtig, primär will sie aber nach Berlin mobilisieren: „Wir denken, dass es an diesem Ort und diesem Termin vielen Menschen möglich ist, an der Demonstration teilzunehmen. Aber auch aus politischen Gründen ist die Berliner Demonstration sinnvoll: Um Druck auf die große Koalition auszuüben, die EU-Dienstleistungsrichtlinie entschieden abzulehnen – schließlich werden sich nach dem EU-Parlament die Regierungen mit der Richtlinie befassen.“ www.erwerbslos.de. – Attac mobilisiert schwerpunktmaßig am 11.2. nach Strasbourg, die Gewerkschaften am 14.2.

Bundesweite Initiativen schmieden breites Bündnis für Sozialproteste

GÖTTINGEN. Anlässlich des bundesweiten Treffens des Aktionsbündnisses „Sozialproteste“ am 10.12.2005 in Göttingen, an dem auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI) und das Erwerbslosen Forum Deutschland teilnahmen, wurde der Beginn des

gemeinsamen Widerstands gegen zunehmenden Sozialkahlschlag und den Abbau von Rechtsstaatlichkeit angekündigt. Nach den zahlreichen Veranstaltungen des „heißen Winters“, die weiterhin fortgesetzt und intensiviert werden, soll als Auftakt die Mobilisierung der europaweiten Protestveranstaltung gegen die Verabschiedung der „Bolkestein-Richtlinie“ und eine bundesweite Massendemonstration gegen Sozialkahlschlag im Frühjahr 2006 sein. Ziel für 2006 und 2007 ist es, den außerparlamentarischen sozialen Widerstand zunehmend zu vergrößern. Dies auch im Hinblick auf den geplanten Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm/Rostock 2007. www.die-soziale-bewegung.de

1000 Stimmen gegen Berufsverbote

HEPPENHEIM. „1000 Stimmen gegen Berufsverbote“, ist der Titel einer Internetkampagne gegen die politisch begründete Nicht-Einstellung des Heidel-

berger Realschullehrers Michael Csaszkóczy an der Martin-Buber-Schule in Heppenheim. Die 1000 Stimmen kamen innerhalb von nur zwei Wochen zusammen – ein Erfolg, der die Initiatoren vom „Solidaritätskomitee gegen Berufsverbot“ selbst überrascht hatte. Sie denken jetzt über eine Fortsetzung der Kampagne mit regionalen und themenspezifischen Schwerpunkten nach.

www.gegen-berufsverbote.de

Menschenrechtsorganisationen schließen sich zusammen

BERLIN. „Der Abschiebung der Verantwortung für den Flüchtlingschutz an die Ränder Europas setzen wir den Ausbau grenzüberschreitender Kooperation entgegen“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. Seit Dezember 2005 koordiniert PRO ASYL ein transnationales EU-Projekt in sieben EU-Mitgliedsstaaten. Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien schließen sich zu einem „crossborder asylum network – ICF“ zusammen. Dieses regionale europäische Netzwerk setzt sich in enger Abstimmung mit ECRE, dem Europäischen Flüchtlingsrat, für eine menschenwürdige Asylpolitik ein. „Wir treten gemeinsam für bessere soziale Aufnahmeverbedingungen für Asylsuchende ein und stellen uns dem zynischen Ping-Pongspiel mit Flüchtlingen in Mitteleuropa entgegen“, so Kopp. PRO ASYL, der Bayerische Flüchtlingsrat in München, Asylkoordination in Wien, Halina Nierc in Krakau, Organisation for Aid to Refugees (OPU) in Prag, Pro Donum in Bratislava, das Hungarian Helsinki Committee in Budapest und Gea 2000 in Ljubljana wollen dem Trend der Nicht-zuständigkeits- und Abschreckungspolitik eine zivilgesellschaftliche Kooperation entgegensezten. Im Rahmen einer

www.gegen-berufsverbote.de

Seit Dezember 2003 wird dem Realschullehrer Michael Csaszkóczy die Ausübung seines Berufs verweigert, weil er – so das Kabinettministerium Baden-Württemberg – „nicht Gewalt dafür bietet, jederzeit voll einzunehmen für die freiheitlich demokratische Grundordnung“. Grund dafür ist sein Engagement in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg. Damit wird zum ersten Mal wieder ein politisches Berufsverbot im Stil der 70er Jahre verhängt.

Grundrechte verteidigen!

Weg mit dem Berufsverbot für Michael Csaszkóczy!

© J.-A.P. (Bild: Staatsanwaltschaft Stuttgart)

internationalen Konferenz in Prag wird das Netzwerk Ende Januar 2006 eine 1. Zwischenbilanz zu den Auswirkungen von Dublin II auf den Flüchtlingsschutz in Mitteleuropa ziehen. Diskutiert werden Alternativen zu Dublin II und praktische Unterstützungsmaßnahmen für Flüchtlinge. www.proasyl.de

Wohnungslosenhilfe fordert Abschaffung der Containerunterkünfte

BIELEFELD. Die Brandkatastrophe in der Halberstädter Notunterkunft hat gezeigt, wie menschenunwürdig und letztlich auch lebensgefährlich Kommunen wohnungslose Bürgerinnen und Bürger unterbringen. Nach Ordnungsrecht sind die Kommunen zur Notunterbringung Wohnungsloser verpflichtet, dieser Verpflichtung kommen viele Kommunen gar nicht oder auf einem nicht akzeptablen Niveau nach. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W), Dachverband der Wohnungslosenhilfe in Deutschland, fordert angesichts der Toten und Verletzen von Halberstadt • die Kommunen auf, ihre Notunterkünfte zu überprüfen und Baracken, Container und sonstige Provisorien dringend zu ersetzen; • die Landesregierungen auf, im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht eine Bestandsaufnahme und Überprüfung der Notunterkünfte durchzuführen und unzureichende Unterkünfte zu schließen. Die BAG W fordert seit Jahren eine menschenwürdige Unterbringung Wohnungsloser, die Sicherheit und Schutz und zumindest ein Mindestmaß an Privatsphäre gewährleistet, d.h. • Keine Sammel- oder Massenquartiere, sondern kleine dezentrale Einheiten • Keine Container, Baracken oder sonstige Provisorien • Ganzjährige Öffnungszeiten und flexibler Zugang • Sichere Möglichkeiten, sich mit Mahlzeiten zu versorgen • Hygienischer Zustand der sanitären Anlagen.

www.bag-wohnungslosenhilfe.de

Soziales Zentrum abgerissen

NORDERSTEDT. In der Presserklärung des Sozialen Zentrums vom 3.01.06 heißt es: „Die Stadt Norderstedt hat am 30.12. das Soziale Zentrum abreißen lassen. Allerdings nicht ohne vorher ein weiteres Mal ihre Macht und politische Abneigung zu demonstrieren, indem sie mit Hilfe der Polizei die Gebäude schon vier Stunden vor Ablauf des gerichtlich festgesetzten Übergabetermins in Besitz nahm. Damit hat sich die CDU eines weiteren missliebigen Projektes entledigt. Das SZ war ein wertvoller Ort der Kommunikation für Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen. In der Einrichtung setzte man sich kritisch mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemen auseinander, man diskutierte neue soziale Wege innerhalb der Ge-

sellschaft und versuchte nicht zuletzt, zusammen ein solidarisches Miteinander zu leben. In über 10 Jahren ist ein sozialer und kultureller Treffpunkt entstanden, der für viele Menschen sehr wichtig geworden ist. Der Abriss der Gebäude ist für die NutzerInnen des SZ ein großer Verlust. Das bedeutet aber nicht, dass wir kapitulieren, im Gegenteil: Es muss weiterhin ein Soziales Zentrum in Norderstedt geben, weil es wichtig ist, dass es Alternativen gibt zu Konsum- und Profitorientierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Deshalb wird weiter verstärkt nach neuen Möglichkeiten gesucht, das Projekt unterzubringen. Das wöchentliche Treffen des Hausplenums findet weiterhin statt, und die Vereinskneipe weicht vorübergehend nach Hamburg in den Linken Laden im Schäferkamp 46 aus.“

www.infoarchiv-norderstedt.org

Am 27. Januar Gedenkveranstaltung für deportierte jüdische Kinder

STUTTGART. Anlässlich des bevorstehenden Auschwitz-Gedenktages (27. Januar 2006) rufen mehrere Organisationen zu Gedenkveranstaltungen auf den deutschen Bahnhöfen auf und wollen an die Massendeportationen der Deutschen Reichsbahn erinnern. Das staatliche Bahnunternehmen hatte Millionen verschleppter und gefangener NS-Opfer an die Zielorte des Berliner Lagersystems transportiert und für die Todesfahrten eine Kilometerpauschale kassiert. Unter den Deportierten befanden sich Angehörige fast sämtlicher europäischer Nationalitäten, darunter auch elftausend jüdische Kinder aus Frankreich. Ihr Leidensweg endete in Auschwitz. Der Reichsbahn-Nachfolger (DB AG) weigert sich seit einem Jahr, der elftausend Kinder durch eine Ausstellung auf den deutschen Publikumsbahnhöfen zu gedenken, und weist auch entsprechende Bitten der jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik zurück. Über die Weigerung setzt sich jetzt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im Bezirk Stuttgart hinweg und mobilisiert für eine zentrale Veranstaltung am 27. Januar. Daran werden im Stuttgarter DGB-Haus u.a. Beate Klarsfeld (Paris) und Gerhard Manthey (ver.di) teilnehmen. Anschließend lädt die bundesweite „Initiative Elftausend Kinder“ zu einem öffentlichen Gedenken im Stuttgarter Hauptbahnhof ein und will dort jene Dokumente zeigen, mit denen der Berliner Reichsbahn-Nachfolger nicht konfrontiert werden möchte: Fotos der Ermordeten, deren letzter Weg über das deutsche Schienennetz führte. In hoher Auflage verbreitet ver.di Stuttgart seit Jahresbeginn einen Flyer, der den Fahrplanausdrucken der DB AG nachempfunden ist und sich direkt an die Bahn-Reisenden richtet. Darin werden vier Schicksale

jüdischer Kinder aus Baden und Württemberg beschrieben, denen die Flucht aus dem Deutschen Reich gelang. Sie wurden jedoch in Frankreich aufgespürt und in die NS-Todeslager deportiert – mit der Reichsbahn. Unter den Fotos der Ermordeten heißt es in Anspielung auf das Verhalten des heutigen Berliner Bahn-Vorstands: „Wir bitten Sie, in die Gesichter der Kinder zu sehen und der Kälte und Gleichgültigkeit entgegenzutreten. Schreiben Sie an die Deutsche Bahn AG!“

www.german-foreign-policy.com

Am 3. + 4. Februar Proteste gegen die NATO-Kriegstagung in München

BONN. „Die Münchner Sicherheitskonferenz“, schrieb die Financial Times Deutschland im Februar 2005, „ist das wichtigste Treffen, auf dem die Mitglieder der NATO-Militärlizenz strategische Entscheidungen beraten und untereinander abstimmen.“ Um der NATO-Tagung einen friedenspolitischen Anstrich zu geben, erfanden die Veranstalter ein neues Konferenz-Motto: „Frieden durch Dialog“. Dagegen lauten die Forderungen der Antikriegsbewegung: • Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten • Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht • Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr –



Gegen jegliche deutsche Kriegsunterstützung • Internationale Solidarität gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus • Öffnung der Grenzen statt Stacheldraht und Lager – Fluchtursachen bekämpfen • Abrüstung und Umverteilung von oben nach unten statt sozialer Demontage. Die Aktionen der Friedensbewegung finden statt am 3. Februar, 17 Uhr Marienplatz, und die Großdemonstration am 4. Februar, ab 12 Uhr vom Lenbachplatz zum Marienplatz.

www.no-nato.de
Zusammenstellung: baf

Einrichtung einer kommunalen ausländerrechtlichen kommission beschlossen

Der Rat der Stadt Köln hat auf seiner Sitzung am 15.12.2005 die von Bündnis 90/Die Grünen beantragte Einrichtung einer kommunalen ausländerrechtlichen Beratungskommission (KAB) einstimmig – gegen die Stimmen der rechtsgerichteten Vereinigung „Pro Köln“ – beschlossen.

Die KAB soll für alle in Köln lebenden Migrantinnen und Migranten, für die

aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu einer besonderen Härte führen würden, Ansprechpartnerin sein. Sie unterliegt dem Selbstbefassungsrecht und hat die Aufgabe, Einzelfälle ggf. der Härtefallkommission des Landes NRW vorzulegen sowie Entscheidungshilfen und Empfehlungen für die Ausländerbehörde Köln anzubieten.

Mit dem Ratsbeschluss ist eine langjährige Forderung des Flüchtlingsrates und anderer Flüchtlingsorganisationen endlich umgesetzt worden. Der Evangelische Stadtkirchenverband Köln, der Katholikausschuss sowie die Wohlfahrtsverbände haben sich gerade auch in der letzten Zeit für eine solches Gremium stark gemacht. Auch die PDS-

Gruppe bzw. die Fraktion Die Linke.Köln hat unser Anliegen stets unterstützt.

Hauptaufgabe der Kommission ist nach unserem Verständnis, Einzelfälle umfassend nach Härtegesichtspunkten zu prüfen, humanitäre Aspekte aus den verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten und somit für mehr Einzelfallgerechtigkeit zu sorgen. Sie ist aber – um das klar zu sagen – gegenüber der Ausländerbehörde nicht weisungsbefugt. Auch wenn manche dies bedauern mögen: Ein solches Verhältnis wäre aus rechtsstaatlicher Sicht mehr als bedenklich.

Ganz besonders freuen wir uns über die große Mehrheit im Stadtrat. Sie zeigt – so hoffen wir jedenfalls –, dass die oft dramatische Lage langjährig in Köln geduldet Flüchtlinge bei den Stadtvorordneten endlich „angekommen“ ist. Natürlich wurde hierbei auch die „Gunst der Stunde“ genutzt: Nach dem Auseinanderbrechen der schwarzroten Koalition war der Weg für einen solchen Beschluss frei.

Die künftige Kommission besteht nun aus 10 Mitgliedern: zwei Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände, einer/einem Vertreter/in der Flüchtlingsberatungsstellen, vier Ratsmitgliedern sowie jeweils einer/einem Vertreter/in des Integrationsrates, der Ausländerbehör-



Bilanz nach einem Jahr Zuwanderungsgesetz

PRO ASYL übt scharfe Kritik an der Umsetzung der humanitären Regelungen

FRANKFURT/MAIN. Am 1. Januar 2005 ist das Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten. Nach einem Jahr Praxiserfahrung zieht PRO ASYL Bilanz. „Die humanitären Anliegen des Zuwanderungsgesetzes werden in der Praxis fast vollständig verfehlt“, sagt Marei Pelzer von PRO ASYL. Weder wurden die Kettenduldungen abgeschafft – noch ist es gelungen, die Härtefallkommissionen bundesweit zu etablieren. Für die Betroffenen heißt das, dass sie nach wie vor keine sichere Perspektive in Deutschland haben und selbst nach zehn und mehr Jahren Aufenthalt mit ihrer Abschiebung rechnen müssen. Selbst hier aufgewachsene Jugendliche und junge Erwachsene werden rigoros abgeschoben.

Der von Rot-Grün und den damaligen Oppositionsparteien im Jahr 2004 ausgehandelte Zuwanderungskompromiss hatte im humanitären Bereich vorgesehen, die so genannten Kettenduldungen abzuschaffen. Von den 193.000 Geduldeten leben schätzungsweise 140.000 schon länger als 5 Jahre und ca. 50.000 sogar länger als 10 Jahre in Deutschland. Für diese Personengruppe sollte ein Bleiberecht insbesondere durch § 25 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes ermöglicht werden, der eine Aufenthaltserlaubnis für Ausländer vorsieht, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht ausreisen können.

Der Gesetzeswortlaut lässt viel Raum für unterschiedliche Interpretationen durch die zuständigen Landesinnenministerien. In den meisten Bundesländern sind derart restriktive Erlasse ergangen, dass von den neuen Regelungen kaum jemand profitiert hat. So hat die Erlasslage in Nordrhein-Westfalen, wo rund ein Drittel aller Geduldeten

lebt, dazu geführt, dass bislang nur wenige Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis positiv beschieden worden sind. Besser sieht es in Rheinland-Pfalz aus. Hier haben über 1.000 Menschen durch das neue Gesetz eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Auch die Hoffnungen, die mit der Einführung von Härtefallkommissionen verbunden worden sind, sind enttäuscht worden. Nach einem Jahr ist es nicht gelungen, diese Kommissionen bundesweit zu etablieren. Bayern weigert sich noch immer, eine Kommission einzurichten. Auch in Hessen und Niedersachsen greift das Instrument so gut wie gar nicht. Dort wurden die Petitionsausschüsse der Landtage mit den Aufgaben der Härtefallkommission betraut – mit dem Ergebnis, dass jeweils nur ein einziger Fall positiv entschieden wurde. PRO ASYL fordert, dass diese Blockadehaltung gegen Humanität endlich aufgegeben wird.

Etwas besser sieht es in Berlin aus: In 500 Fällen wurde positiv entschieden

nisationen endlich um:

chen Beratungs-

de und des Interkulturellen Referats. Nach dem Antrag der Grünen sollte in der KAB eigentlich jeweils ein/e Vertreter/in der Wohlfahrtsverbände und der Flüchtlingsberatungsstellen zusätzlich mitarbeiten. Hier konnte sich jedoch die SPD mit ihrem Änderungsantrag durchsetzen.

Dies ist der erste Wermutstropfen. Der zweite – und wichtiger – ist, dass die ursprüngliche Formulierung, nach Antragstellung solle im Regelfall von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abgesehen werden, ersatzlos gestrichen wurde. Eingaben an die KAB haben somit keine aufschiebende Wirkung.

Wichtig ist nun, dass eine sachdienliche und zweckmäßige Geschäftsordnung beschlossen wird und die Beratungskommission zügig ihre Arbeit aufnehmen kann. Es bleibt zunächst abzuwarten, wie die Verwaltung auf den Ratsbeschluss reagieren wird. Die von ihr vorzulegende Geschäftsordnung wird – zum Glück! – noch den Ratsausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und den Stadtrat passieren müssen.

Weil gerade hier noch viele Fragen offen sind, werden wir mit Argusaugen die weitere Entwicklung beobachten.

Köln, den 20.12.2005 gez. Claus-Ulrich Prölß, Geschäftsführer des Fördervereins Kölner Flüchtlingsrat e.V.

und den Betroffenen eine Aufenthalts-erlaubnis erteilt. In Nordrhein-Westfalen hat die Härtefallkommission von über 900 Anträgen bislang ca. 100 als Härtefälle eingestuft und die Ausländerbehörden um Erteilung einer Aufenthalts-erlaubnis ersucht. Querschläge gibt es von einigen Ausländerbehörden, die trotz positiver Kommissionsentscheidung das Bleiberecht verweigern.

In den meisten Bundesländern liegen die Erfolgsquoten im einstelligen Bereich.

Angesichts einer Vielzahl dramatischer Einzelfälle ist der Output der Härtefallkommissionen bei bundesweiter Betrachtung enttäuschend.

PRO ASYL fordert angesichts der desaströsen Bilanz im humanitären Bereich erneut eine allgemeine Bleiberechtsregelung für die Dauergeduldeten. Diese könnte durch Gesetz oder durch Beschluss der Innenministerkonferenz verwirklicht werden.

29.12.2005 www.proasyl.de



JVA Hünfeld: „ich war schon drin“

Ausbeutung als Innovation

Als sich das große Rolltor öffnete, kam Bewegung in die davor wartenden Menschenmassen, dicht gedrängt schob man sich hinein zum „letzten Tag der offenen Tür“. Die Stadtväter von Hünfeld loben auf der offiziellen Internetseite die Disziplin der Besucher, und zum Dank für das Interesse durfte jeder ein kleines Präsent mitnehmen: einen Metallsticker mit der Aufschrift „JVA Hünfeld: ich war schon drin“. Mehr als 20.000 Menschen drängten sich an diesem Tage in und um das „erste teilprivatisierte Gefängnis der Bundesrepublik“.

Knappe 4 Jahre dauerten Planung und Bau des „Vorzeigeprojektes“, die Baukosten betrugen 66 Millionen Euro – ca. 5 Millionen weniger als eigentlich veranschlagt. Auch bei den Betriebskosten sparte Hessen 660.000 Euro jährlich, heißt es. Der neue Knast-Typus befindet sich „technisch auf dem neuesten Stand“: Unzählige Videokameras überwachen nahezu jeden Winkel rund um die Uhr. Die Zellen sind samt Einrichtung „standardisiert“, sprich zur bestmöglichen Nutzung durchgeplant. Ein Bett auf der einen, eine große, durchgehende Holzplatte auf der anderen Seite, die als Tisch und Ablage zugleich dient, dazu ein Stuhl und ein kleines Regal, eine abgetrennte Toilette – mehr wird es nicht geben. Was natürlich auch bedeutet: Die Zahl der persönlichen Gegenstände etwa, die ein Gefangener besitzen darf, ist auf das absolute Minimum reduziert, nicht zuletzt, um den „Kontrollaufwand“ möglichst gering zu halten. Umfassende Freizeiteinrichtungen sucht man vergebens. Jede Bewegung der Gefangenen innerhalb des Knastes wird beaufsichtigt und wo notwendig „dokumentiert“, wie es beschönigend heißt. Bereits 1999 hatte eine eigens hierfür eingesetzte Arbeitsgruppe der hessischen Justiz in einem Bericht erklärt: „Eine Privatisierung im Strafvollzug ist auf der Grundlage des geltenden Rechts ohne Änderung des Strafvollzugsgesetzes möglich, soweit sich die Tätigkeit der Privaten auf Dienst- und Serviceleistungen im weiteren Sinne ohne Eingriffbefugnisse gegenüber Gefangenen beschränkt.“ In Hessen wurde nun das umgesetzt, was rechtlich



→ möglich ist und von dem auch in anderen Bundesländern mehr oder weniger offen geträumt wird: die mindestens teilweise Privatisierung der Gefängnisse. Anders als etwa in den USA, wo inzwischen mit dem Prison Industrial Complex (PIC) eine regelrechte Gefängnisindustrie entstanden ist, ist, noch zu mindest, eine völlige Privatisierung der Knäste in Deutschland unzulässig. Das Beispiel Hünfeld soll als Türöffner fungieren, es soll vorgeführt werden, dass es nicht nur möglich, sondern geradezu geboten ist, auch und gerade diese Aufgabe an private Betreiber zu übertragen. Denn der deutsche Strafvollzug ist ineffektiv und teuer, die Zahl der Inhaftierten nimmt zu. Das liegt auch daran, dass die wirtschaftliche Situation vieler Menschen immer schlechter wird, der gesellschaftliche Reichtum immer weniger Menschen gehört, während immer mehr ausgesgrenzt werden. Bewussten wie auch unbewussten Widerstand gegen diese Verteilungspraxis jedoch gilt es zu sanktionieren. Hinzu kommen weitere gesellschaftliche Probleme wie etwa Drogen- und Gewaltdelikte. Gleichzeitig aber hat der Staat immer weniger Mittel zur Verfügung, ein teurer Verwahrvollzug ist auf Dauer nicht mehr zu finanzieren, schon gar nicht bei steigenden Gefangenenzahlen. Die Lösung heißt Privatisierung.

Im „Vorzeigeknast“ Hünfeld wurde mit einem privaten Betreiber, der Serco GmbH mit Sitz in Bonn, ein Vertrag geschlossen. Die Serco GmbH ist Teil der Serco Group, die in Großbritannien bereits fünf private Knäste betreibt. Die Serco Group ist eine Aktiengesellschaft, der Konzern arbeitet außerdem mit der britischen Regierung auf dem Gebiet der Verteidigung zusammen, ist Berater für Schulen und lokale Verwaltungen und betreibt ein „Besserungsheim“ für Jugendliche. Die Erlöse der Serco Group sind im ersten Halbjahr 2005 um 33,6% auf 1,075 Milliarden Pfund (ca. 2,3 Milliarden Euro) gestiegen, der Konzern verdiene, so ein Börsen-Analyst, „mit seinem Gemischtwarenladen gutes Geld“.

Wenn Ende Januar 2006 der Knast Hünfeld seine volle Belegung von 502 Gefangenen erreicht haben soll, werden dort neben 116 Beamten des Strafvollzuges 95 Mitarbeiter der Firma Serco tätig sein. Neben dem Knastleiter Werner Päckert wird der „Betriebsleiter“ Christian Schultze als Vertreter der Serco GmbH sitzen. Dessen Mitarbeiter sollen für alles zuständig sein, was über die Bewachung der Gefangenen hinausgeht: Instandhaltung des Gefängnisses, medizinischer Dienst, Videoüberwachung der JVA, psychologische und pädagogische Betreuung, große Teile der Verwaltung, Betrieb der Küche und anderes mehr. Nur dort, wo direkt gegen Gefangene eingegriffen wird, müssen Justizbeamte eingesetzt wer-

den. Da die privaten Mitarbeiter weniger verdienen als die Justizbeamten, ergeben sich Einsparungen für Serco wie die Justizverwaltung – auf Kosten nicht nur der Beschäftigten, sondern letztlich auch der Gefangenen, denn die Ausbildung privater Mitarbeiter ist schlechter, die Fluktuation sehr viel größer, wie die Erfahrungen zeigen.

Die Firma Serco hat sich darüber hinaus vertraglich verpflichtet, 300 Arbeitsplätze für Gefangene zur Verfügung zu stellen, die Justizverwaltung in Hessen erhält hierfür, wie es heißt, den „üblichen Satz“ pro Tag und Gefangenen – zwischen 40 und 60 Euro pro Tag und Gefangenen sind üblich, von denen der Gefangene selbst dann natürlich nur einen kleinen Teil erhält (die „Entlohnung“ beträgt im Durchschnitt 6-8 Euro pro Arbeitstag von 8 Stunden).

Ein Justizsprecher kommentierte dies mit den Worten, dass „gerade bei den aktuellen Finanzlücken in öffentlichen

men, Handwerkskurse und anderes mehr existierten, geht es inzwischen nur noch um Ausbeutung der Gefangenen. Hierzu wurden im Laufe der Zeit Produktions- und Verpackungslinien eingerichtet, die einzig darauf abgestellt sind, möglichst große Profite zu erzielen. Die Gefangenen sind auch dort zur Arbeit verpflichtet. Da aber zwischen der privaten Gefängnisverwaltung und den Gefangenen keinerlei Arbeitsvertrag existiert, besteht rechtlich auch keine Verpflichtung zur Zahlung eines Lohnes – die private Knastleitung zahlt lediglich ein paar Pfund pro Woche, die sie als „Geschenk“ definiert.

Auch wenn solche Verhältnisse in deutschen Knästen noch nicht möglich sind, zeigt sich am Beispiel Hünfeld in aller Deutlichkeit, dass nicht mehr Re sozialisierung, wie sie das StVollzG vorschreibt, sondern die wirtschaftliche Ausbeutung der Gefangenen der Hauptzweck jenes „Modellvollzuges“



Haushalten solche public-private-partnerships eine Lösung seien“. Um die hierbei anfallenden Profite zu steigern, wird außerdem erstmals im Knast der 2-Schichten-Betrieb eingeführt, der jeweilige Arbeitsplatz wird also nicht nur 8, sondern 16 Stunden täglich besetzt sein. Daran verdient zum einen die Justiz, die höhere Zuwendungen vom Konzern erhält, zum anderen natürlich Serco als Betreiber, der auf diese Weise legal Menschen zu Sklavenlöhnen beschäftigen kann. Jeder Gefangene ist zur Arbeit verpflichtet, wer sich weigert, wird mit Sanktionen belegt, die von z.B. der Wegnahme des TV-Gerätes bis hin zur isolierten Unterbringung reichen. Die Erfahrungen in Großbritannien zeigen, dass auch für Serco dort die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Gefangenearbeit das einzige ist, was von Interesse ist. Während am Anfang der Privatisierung dort noch Ausbildungsprogramme, Rehabilitationsmaßnah-

ist, dem man mit dem jetzt eröffneten Knast näher kommen möchte. Einmal weiter gedacht bedeutet dies, dass es eines Tages von Nutzen sein wird, wenn die Zahlen der Gefangenen möglichst hoch sind: Sie alle sind schließlich dann Arbeitssklaven, die weder rechtlich noch praktisch der Ausbeutung viel entgegensetzen können und deren „Verwertbarkeit“ daher umso effizienter ist. Sie dann zur Verfügung zu stellen und an ihnen (mit) zu verdienen, wird zur Aufgabe des Strafvollzuges. Das öffentliche Aufsehen, das die hessischen Polit-Strategen im Zuge der Knasteröffnung inszenierten, ist Teil des Propaganda-Feldzuges, mit dem „die Öffentlichkeit“ darauf vorbereitet werden soll. Oder mit den Worten des hessischen Ministerpräsidenten Koch: „Mit dem erstmals umgesetzten Modell einer Teilprivatisierung beschreitet Hessen einen Weg zur Innovation des Strafvollzuges.“ jes

Streit um Weihnachtsgeld für Heimbewohner. BERLIN. Weil die Berliner Sozialsenatorin Heide Knake-Werner (PDS) den 20.368 Sozialhilfeempfängern in Berliner Heimen ein Weihnachtsgeld von 30,68 Euro überwiesen hat, zusammen also 628.894 Euro, hat ihr Finanzsenator Sarrazin (SPD) nun den Zugriff auf 2,5 Mio. Euro, die in ihrem Etat 2005 noch übrig geblieben waren, gesperrt und so die Verwendung dieser Mittel für andere Ausgaben verhindert. Dem Eklat war ein wochenlanger Streit zwischen den beiden Senatsverwaltungen vorausgegangen. Regulär erhalten arme Heimbewohner in Berlin neben Unterkunft und Verpflegung nur 90 Euro Taschengeld im Monat. Davon müssen sie sämtliche privaten Ausgaben wie etwa Friseurbesuche, kleine Anschaffungen, Medikamentenzuzahlungen und ähnliches bestreiten. Sechs Bundesländer, darunter Niedersachsen und Hamburg, sowie die Berliner Wohlfahrtsverbände teilen die Position der Sozialsenatorin, dass Heimbewohner Rechtsanspruch auf ein kleines Weihnachtsgeld haben, und zahlen das an ihre Heimbewohner aus. In neun anderen Ländern, darunter Bayern und Baden-Württemberg, ist das Weihnachtsgeld für arme Heimbewohner schon abgeschafft. Sarrazin behauptete deshalb, Berlin könnte sich angesichts seiner Klage vor dem Bundesverfassungsgericht auf Anerkennung eines „Haushaltsnotstands“ solche freiwilligen Leistungen nicht mehr erlauben. Dem widersprach die Sozialsenatorin und ließ das Weihnachtsgeld an die Heimbewohner überwiesen. Nun hat sie als „Sanktion“ dafür eine Haushaltssperre in vierfacher Höhe von ihrem SPD-Finanzsenator bekommen. *rül*

Kitas als Eigenbetriebe. BERLIN. Seit 1.1.2006 werden die bisher städtischen Kitas Berlins in insgesamt 5 Eigenbetrieben geführt. Betroffen sind davon 27.800 Kitaplätze, das entspricht etwa 2/3 aller Kitaplätze. Die restlichen sind bereits privatisiert und gehören entweder der gemeinnützigen Trägern, den Kirchen oder Elterninitiativen. Bei der Planung und Gestaltung der Umwandlung wurden weder die Gewerkschaften noch der Hauptpersonalrat einbezogen. Alle Informationen mussten seitens der Gewerkschaften angefordert werden. Lediglich der Referentenentwurf zu dem erforderlichen Reformgesetz wurde unaufgefordert zur Stellungnahme zugesandt.

Mit dieser Umwandlung will das Land Berlin jährlich 40 Mio. Euro jährlich einsparen. Bereits jetzt prognostizieren Jugendstadträte beider Koalitionsparteien (SPD und Linkspartei PDS) aber, dass am Jahresende vor-

aussichtlich 5 Mio. Euro fehlen werden. Die Beschäftigten sind durch den Anwendungstarifvertrag aus dem Jahr 2003 vor betriebsbedingten Kündigungen und Tarifdumping geschützt, zumindest bis Ende 2009. *har*

Besorgnis über Eisenbahnbrücken: HAMBURG. Mindestens 1.000 der bundesweit 1.500 unter kommunaler Verantwortung stehenden Brücken müssten mit Sofortmaßnahmen stabilisiert werden, sagte Horst Friedrich (FDP) der BamS. Der Städte- und Gemeindebund forderte ein Notfallprogramm für Kommunen, die die Sanierung nicht aus eigener Kraft bezahlen könnten. Für die Finanzierung will er die Bahn in die Pflicht nehmen. „Es ist ein Skandal, dass die Bahn jedes Jahr mehrere hundert Millionen Euro, die für die Instandhaltung des Schienennetzes vorgesehen sind, nicht in Anspruch nimmt. Diese Gelder sollten an die Kommunen fließen, damit sie Brücken in Stand setzen können.“ Der Fahrgastverband Pro Bahn kritisierte der Zeitung zufolge, die Bahn lasse Strecken, Brücken und Tunnel „verrotten“, um an der Börse gut dazustehen. Ein Bahn-Sprecher wies die Vorwürfe zurück. Für die Sicherheit von Bahnbrücken sind seit einer Gesetzesänderung im Jahr 1995 die Kommunen verantwortlich. Die Gemeinden müssten für Sanierung und Neubau einen festen Anteil von mindestens einem Drittel der Kosten zahlen, den Rest teilen sich Bund und Bahn. *www.dstgb.de*

Bürgerbegehren unzulässig? DÜSSELDORF. Die Verwaltung fordert den Rat auf, das Begehren gegen die Privatisierung der Stadtwerke für unzulässig zu erklären. Nach Angaben der Initiative Mehr Demokratie wird die Empfehlung unter anderem damit begründet, dass der Verkauf inzwischen vollzogen und die Erreichung des Ziels des Bürgerbegehrens damit unmöglich geworden sei. Auch enthalte das Bürgerbegehren keinen hinreichenden Vorschlag zur Deckung der bei einem Nichtverkauf entfallenden Einnahmen. Zudem sei die Behauptung, die Stadt halte 50,1 Prozent der Stadtwerke-Anteile, durch den Verkauf inzwischen unrichtig geworden. Die Initiative Mehr Demokratie kritisiert, dass in Nordrhein-Westfalen fast jedes dritte Begehren wegen der Hürde, einen Kostendeckungsvorschlag vorlegen zu sollen, für unzulässig erklärt werde. Die Gewerkschaft Verdi habe gegen diese Pläne zuvor ein Bürgerbegehren mit 90.000 Unterschriften eingereicht. OB Erwin und die Ratsmehrheit aus CDU und FDP seien aber 2001 mit dem Versuch, das damalige Bürgerbegehren gegen den ersten Privatisierungsversuch

für unzulässig zu erklären, vor Gericht gescheitert. Daraufhin durften die Bürger demokratisch über die Zukunft ihres Stadtwerkes entscheiden: In dem Bürgerentscheid hatten sich 89,2 Prozent der Abstimmenden gegen den Verkauf ausgesprochen. *ngo-online*

97 Prozent gegen Verkauf: MÜHLHEIM. Beim Bürgerbegehren haben knapp 97 Prozent gegen den Verkauf der Stadtwerke-Anteile gestimmt. „Wir hatten die höchste Wahlbeteiligung überhaupt in Hessen“, sagt Siegmund Drexler, Sprecher des Bürgerbegehrens gegen den Verkauf städtischer Anteile an den Stadtwerken Mühlheim. Erklärbar sei das damit, dass RWE ins Gerede gekommen sei. Nach dem tagelangen Stromausfall im Münsterland sei das Misstrauen gegen den Energiekonzern gewachsen, der als Interessent an den 49,9 Prozent der Stadtwerke gehandelt wurde, die der Magistrat verkaufen wollte. Der Mühlheimer Magistrat hatte die Bürger aufgefordert, den Wahllokalen fern zu bleiben. Viele hätten jedoch erkannt, dass sie sich nicht alles gefallen lassen müssen. Im Januar soll ein Buch erscheinen, das die Arbeit der Initiative dokumentiert. Mit dem Verkauf des Druckwerks wollen Drexler und seine Mitstreiter zumindest einen Teil der entstandenen Kosten hereinholen.

FR 17.12.05

Erster Bürgerentscheid in Pforzheim. PFORZHEIM. Bereits Anfang Dezember 2005 nahm das Aktionsbündnis „Busse weiter in Bürgerhand“ (BIB) in Pforzheim die wichtige Hürde für den landesweit ersten Bürgerentscheid über den angestrebten Verkauf einer öffentlichen Einrichtung in Baden-Württemberg. Die durch das Gesetz geforderten 8.400 Unterschriften wurden in dreiwöchiger Straßensammlung mit eingereichten 10.000 deutlich überschritten. Trotz erfolgreicher Restrukturierungsmaßnahmen, welche den jährlichen städtischen Zuschussbedarf in den letzten beiden Jahren um 2. Mio. Euro auf nunmehr 5,5 Mio. Euro gesenkt haben (bei steigenden Fahrgastzahlen), ist die Stadtführung immer noch mit hohem finanziellem Aufwand wild entschlossen, den falschen Weg weiter zu beschreiten. Ein bereits erstelltes internes Gutachten für eine Lösung in kommunalem Besitz wird nicht veröffentlicht oder angewendet. Für mehr Transparenz und ausführliche Information soll nun der mit der Landtagswahl am 26. März 2006 angestrebte Bürgerentscheid sorgen. BIB schlägt der Verwaltung diesen kostengünstigen und bürgerefreundlichen Termin vor.

http://bib.weisenbacher.de
Zusammenstellung: ulj

„Hafenarbeiter kampfbereit“

HAMBURG. Mit einem kilometerlangen Autokorso protestierten am 22. Dezember Beschäftigte von HHLA und Hochbahn gegen den drohenden Ausverkauf der beiden öffentlichen Unternehmen an die Deutsche Bahn (siehe PB 25/26-05). Diese Aktion war die erste, wird aber mit Sicherheit nicht die letzte sein. Das erklärten mehrere Betriebsräte von HHLA und HHA sowie der Hamburger ver.di-Vorsitzende Rose auf einer Pressekonferenz des HHLA-Betriebsrats am 4. Januar.

Der HHLA-Gemeinschaftsbetriebsrat hat beschlossen, für den 19. Januar zu einer zusätzlichen Betriebsversammlung ins CCH Saal 1 einzuladen, um das weitere Vorgehen zu beraten. Zu der Versammlung sind auch der Erste Bürgermeister von Beust und die Senatoren Peiner und Uldall eingeladen, auch Vertreter der Beschäftigten von Hochbahn und Deutscher Bahn werden teilnehmen. Schon vorher, am 11.1., werden die Hafenarbeiter im Zusammenhang einer europaweiten Protestaktion gegen Port Package II einen 24-stündigen Boykott durchführen und dabei ihren Widerstand nicht nur gegen Deregulierung und Einreißen der Sozial- und Sicher-

heitsstandards durch die im Europaparlament zur ersten und zweiten Lesung anstehenden Hafendienstrichtlinien demonstrieren, sondern auch gegen die Veräußerung der HHLA. Bei der Hochbahn werden Betriebsrat und Vertrauensleute am 9.1. über Maßnahmen beraten. Der HHA-Betriebsratsvorsitzende Wendtland erinnerte auf der Pressekonferenz an die Folgen der Privatisierung von HEW und HeinGas für Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger, u.a. Verlust von Arbeitsplätzen und überdimensionale Preiserhöhungen.

Der Gemeinschaftsbetriebsrat der HHLA fordert den Senat und den Vorstand der HHLA auf, die HHLA nicht an einen Mehrheitsgesellschafter zu verkaufen. Gegen Minderheitsbeteiligungen wurden keine Vorbehalte erkennbar, sofern die HHLA die Fähigkeiten behalte, „strategische unternehmerische Entscheidungen im Sinne der Stadt Hamburg treffen zu können“. Mehrheitsbeteiligungen sind übrigens in den 2002/2003 ausgehandelten Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen ausgeschlossen. Dem hatte der Senat seinerzeit zugestimmt, jetzt schert ihn das nicht. Die Gewerkschaft hatte da-



mals erhebliche Zugeständnisse bei den Lohn- und Rahmentarifverträgen und dem Rententarifvertrag gemacht und der Absenkung der Tarifverträge für alle Neueinstellungen auf das Niveau der anderen Hafen- und Logistikbetriebe zugestimmt.

Wolfgang Rose wandte sich gegen eine Beteiligung ausdrücklich der Deutschen Bahn: Bei einer Beteiligung an der HHLA sei zu befürchten, dass sie sich die „Filetstücke“ herausschneide; im Bezug auf die Hochbahn gehe es ihr darum, in die Sparte Stadtverkehr einzzu-



Nach zahlreichen Warnstreiks

Verschlechterungen abgewehrt – 2 %-Tarifabschluss für Versicherungen

HAMBURG. Am Morgen des 22. Dezember wurde in Hamburg der Tarifabschluss für die 240.000 Beschäftigten in den Versicherungen vereinbart. Vorangegangen waren noch einmal Warnstreiks und ein Sternmarsch zum Verhandlungshotel an der Alster mit über 2000 Hamburger Versicherungsangestellten.

Die Tarifrunde wurde von Anfang an von Provokationen des Arbeitgeberverbandes (agv) überlagert. Kernaufgaben der agv-Forderungen waren strukturelle Einschnitte beim Gehalt (u.a. Einführung von Niedriglohngruppen, Beseitigung des garantierten Urlaubs- und Weihnachtsgeldes) sowie die Ausweitung der Arbeitszeit: So wollten sie die Wochenarbeitszeit von 38 auf 40 Stunden verlängern, den Samstag zum Regelar-

beitstag machen und die Altersteilzeit abschaffen. Erst wenn ver.di wesentlichen Punkten aus dem agv-Forderungskatalog zustimme, werde es eine prozentuale Gehaltserhöhung geben.

Dass die Tarifrunde jetzt einen ganz anderen Verlauf genommen hat, liegt an der großen Bereitschaft der Beschäftigten in den Versicherungen, sich gegen die beabsichtigten Verschlechterungen zu wehren und für die ver.di-Forderungen einzutreten. Zwischen dem 7.11. und dem 21.12.2005 haben bundesweit in 20 verschiedenen Städten über 26.000 Versicherungsangestellte an Warnstreiks und Protestaktionen teilgenommen. Viele Betriebe haben mehrere Aktionen durchgeführt, im Dezember haben mehrere Vollstreiks in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen stattgefunden. Die Arbeitgeberseite wurde von dieser Kampfbereitschaft offensichtlich überrascht und zunehmend nervös. Bereits in der 3. Verhandlungsrounde Ende November ließen sie einen großen Teil ihres Forderungskatalogs fallen. Bis zur 4. Runde am 21. Dezember bestanden sie jedoch weiter auf der Freigabe



Die Spitze des Autokorsos erreicht die vor dem HHLA-Gebäude wartende Gruppe

steigen. Bei der mit 28 Mrd. Euro verschuldeten Bahn, die für 2008 den Börsengang anstrebt, spielten Renditevorgaben die entscheidende Rolle, ihre Interessenlage sei weder mit der der Beschäftigten zu vereinbaren noch mit der der Stadt Hamburg, die ein entscheidendes Mittel der politischen Steuerung verliere, bzw. der Hamburger Bevölkerung.

Der HHLA-Betriebsrat wandte sich gegen das „Arbeitsplätze-Argument“. Angeblich soll der Umzug der DB-Zentrale nach Hamburg 800 bis 1000 neue

Arbeitsplätze schaffen. Tatsächlich verlöre aber eine entsprechende Zahl von Beschäftigten in Berlin, dem bisherigen Konzernsitz, ihren Arbeitsplatz, viele würden auch nach Hamburg umziehen. Zu befürchten sei vor allem auch ein Rationalisierungsschub in den Verwaltungs- und Logistikbereichen und dadurch ein Verlust von rund 300 Arbeitsplätzen.

Alle Redner betonten die Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter. „100-prozentige“ Solidarität bekundete der Betriebsrat des Gesamthafenbetriebs. scc

Am 21.12.2005 haben über 2000 Hamburger Versicherungsbeschäftigte Warnstreiks und einen Sternmarsch durchgeführt – u.a aus den Betrieben Volksfürsorge, Deutscher Ring, Hamburg-Mannheimer, Allianz, Signal-Iduna, Euler-Hermes, Hanse-Merkur, Condor, Axa, HDI, HUK, Debeka, Feuerkasse-Provinzial und Gerling. Die Demonstration führte durch die Innenstadt zum Verhandlungshotel an der Alster. (Bild links: P. Möller)

des Sonnabends als zuschlagfreier Regelarbeitstag. Nachdem die ver.di-Aktionen im Dezember noch einmal verstärkt wurden, war in der 4. Runde auch davon keine Rede mehr. Damit war fast der gesamte ‚Katalog der Grausamkeiten‘ erfolgreich abgewehrt worden. Als Kompromiss-Lösung wurden kleinere Flexibilisierungen im Tarifvertrag zugestanden, denen jedoch jeweils die Betriebsräte zustimmen müssen.

Die ver.di-Tarifkommission hatte eine Gehaltserhöhung von 4,5% und Beschäftigungssicherung gefordert: u.a. Verlängerung der Altersteilzeit und Regelungen im Tarifvertrag zur Vermeidung von Kündigungen.

Das Ergebnis sieht jetzt so aus: Für den Zeitraum vom 1.10.2005 bis zum 31.3.2006 gibt es im Januar 2006 eine Einmalzahlung von insgesamt 250,- €. Am 1.4.2006 gibt es eine Gehaltserhöhung von 2% für ein Jahr, am 1.4.2007 für weitere 5 Monate noch einmal 1%. Der Gehaltstarif endet am 31.8.2007.

Außerdem wurden die Altersteilzeit und einige Regelungen im Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung um 2 Jah-

re verlängert.

Innerhalb von knapp 2 Jahren (von Oktober 2005 bis August 2007) werden die Gehaltstabellen also um 3 % steigen. Das ist weniger als die Inflationsrate in 2 Jahren und bei den hohen Renditen der Versicherungen sicher nicht zufriedenstellend. Angesichts der Abschlüsse in anderen Branchen und der erfolgreichen Abwehr der drohenden Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen wird dieser Tarifabschluss von den Kolleg/innen in den Versicherungen aber durchaus als Erfolg gesehen. Auf jeden Fall war es die aktivste Tarifrunde in der Versicherungsbranche überhaupt. Trotz der anstehenden Umstrukturierungen einiger großer Konzerne – u.a. Allianz, Ergo, Provinzial – und angekündigten Entlassungen sind die Beschäftigten auf die Straße gegangen. Außerdem gibt es – erstmals seit vielen Jahren – wieder eine Eintrittswelle bei der Gewerkschaft ver.di. Auch dies ist eine gute Voraussetzung für die weitere Auseinandersetzung um den Erhalt des Flächentarifvertrages.

res

BDA fordert Konjunkturbelebung durch weiteren Sozialabbau. ddp, Mo., 2.1.06. Dem Appell Bundeswirtschaftsministers M. Glos (CSU) an die Tarifparteien, „nicht allein Kosten, Shareholder-Value und Aktionärsinteressen“, sondern auch die Kaufkraft der Arbeitnehmer im Blick zu haben und so die Binnennachfrage zu stärken, widersprach BDA-Präsident D. Hundt prompt: Man müsse dazu kommen, „dass unsere Beschäftigten mehr Netto für ihr derzeitiges Brutto“ behalten könnten. Andererseits müsse jeder mehr Eigenvorsorge übernehmen. Eine zweite Stellschraube sei die Dauer der Arbeitszeit. „Wir arbeiten in Deutschland insgesamt zu wenig, deutlich weniger als alle Länder, mit denen wir im Wettbewerb liegen.“

Elektrizitätswirtschaft für längere KKW-Laufzeiten. HB, Mi., 4.1.06. Auf dem Hintergrund des Gasstreites zwischen Russland und der Ukraine fordert der stv. Hauptgeschäftsführer R. Kohlmann vom Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) mehr nationale Unabhängigkeit. „Welchen Einfluss internationale Entwicklungen auf die nationale Energiepolitik haben können, zeigt sich am Beispiel des Gaslieferstopps für die Ukraine. ... Wir benötigen einen energiepolitischen Instrumentenmix aus einem Guss ohne die bisher vorhandenen Widersprüche.“ Rückendeckung erhielt der VDEW vom Deutschen Nationalen Komitee des Weltenergierates: Geschäftsführer C. Rolle: „Das bedeutet, dass wir auch die Kernenergie mit einbeziehen müssen. Es ergibt keinen Sinn, auf einen so wichtigen Energieträger wie die Kernkraft in Deutschland zu verzichten.“

Hinterbliebenenrente soll gekürzt werden. FAZ, Sa., 7.1.06. Regierungsberater B. Rürup fordert, die Renten für Witwen und Witwer deutlich zu kürzen. Nicht mehr die Rente des Verstorbenen, sondern die Bedürftigkeit des Hinterbliebenen solle Maßstab für die Höhe der Witwenrente sein. Sie mache ein Fünftel der Rentenausgaben aus. Das BDA-Mitglied – gleichzeitig Vorsitzender der Deutschen Rentenversicherung Bund – A. Gunkel, sagte, die Arbeitgeber unterstützten eine Rente nach Bedürftigkeit. Außerdem sollten die Einkommen der Hinterbliebenen stärker angerechnet und die Altersgrenze von 45 auf 52 Jahre heraufgesetzt werden. Der Sozialverband (SoVD) wies auf bereits mehrfach erfolgte Kürzungen der Witwenrente in der Vergangenheit hin. Schon heute seien die Witwenrenten mit durchschnittlich 553 Euro (West) sehr niedrig. Nach wie vor habe sie die wichtige Funktion, die jahrzehntelange Benachteiligung der Frauen durch Familiendarbeit auszugleichen.

Presseauswertung: rst.

Das Neue Deutschland berichtet am 10.1. über eine Anhörung der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Zwischen die Fraktions- und Parteiklausuren dieser Tage hatte die Linke im Bundestag noch den Termin zu einer Anhörung geschoben. Durchaus mit der Absicht, die sie auch mit der heute in Magdeburg beginnenden Klausur verfolgt: Widerspruch zur Regierungspolitik anzumelden. Wir müssen unsere Rolle als Oppositionskraft ausfüllen, hatte Inge Höger-Neuling eingangs gefordert. (...) Die Oppositionsrolle ausfüllen – Fraktionschef ... Lafontaine legte Wert auf die Feststellung, dass die Ideen zu einer grundlegenden Alternative zum herrschenden neoliberalen Wirtschaftsmodell seit langem auf dem Tisch lägen. Sie umzusetzen, darauf komme es an.

Der Linksfraktion sind natürliche Grenzen in Form ihrer Abgeordnetenzahl gesetzt. Doch Gregor Gysi sieht durchaus bereits Wirkungen der neuen Fraktion im Bundestag. Dass die Regierungskoalition soeben in Genshagen über ein Zukunftsinvestitionsprogramm berät, das allein wäre ohne die Linken illusorisch, zeigte er sich überzeugt. Ein Begriff aus dem eigenen Forderungskatalog der vergangenen Jahre wie auch der des Mindestlohns, den sich Bundeskanzlerin Angela Merkel plötzlich anschickt, in die eigenen Überlegungen einzubeziehen. ... Glos (CSU) fordert Lohnerhöhungen und Bundespräsident Horst Köhler fabuliert über Mitarbeiterbeteiligungen am Unternehmensgewinn.

Die Fraktion hatte ... die wissenschaftliche Fundierung zu ihren Thesen in Person etwa Rudolf Hickels ... hinzugebeten, der den Verdacht der Linkspartei bestätigte, dass das Investitionsprogramm der großen Koalition seinen Namen „in keiner Weise“ verdiente. Einen „Tropfen auf den heißen Stein“ nannte Gregor Gysi das Programm. Selbst wenn die Presseberichte stimmen, und es noch um zwei, drei Milliarden Euro aufgestockt würde. 25 Milliarden – das sind 6 Milliarden jährlich, rechnete er die Summe herunter.

Gemeinsam war allen Experten dieses Tages, neben Hickel waren dies zum Beispiel Gustav Horn, Institut für Makroökonomie in Düsseldorf, Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, Elmar Altvater von der Freien Universität Berlin und Ulrich Busch von der TU Berlin – dass die für 2007 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer Gift für die Konjunktur sein wird. Und die allseits zu hörenden Loblieder auf die begonnene Konjunkturwende fanden ebenfalls kein Echo. Im Gegenteil: Horn sagt dem Investitionsprogramm voraus, dass es

die Wirkung einer Konjunkturbremse entfalten werde. Die von ihm geschätzten 1,7 Prozent Wirtschaftswachstum 2006 könnten also ansonsten 2,2 Prozent betragen. Keine Wirkung, so lautet der Konsens der Experten, wird das schmale Wachstum auf den Arbeitsmarkt haben. Und die bereits manchenorts gelobte Wende in der Arbeitslosenstatistik sei allein darauf zurückzuführen, dass Menschen mit Ein-Euro-Jobs aus der Statistik verschwunden sind.

Einhellige Ablehnung findet die Idee des Kombilohns nicht nur bei der Fraktion, sondern auch bei gestern anwesenden Vertretern der Wissenschaft. Unfinanzierbar und ohne positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt, lautet die Kritik. Lafontaine wies ... vor der Presse darauf hin, dass es in Deutschland bereits sieben Millionen geringfügig Beschäftigte und weitere sechs Millionen schlecht bezahlte Jobs gebe.

Lohnerhöhungen, wie Michael Glos sie vage im Munde führe, würden durch die eigene Arbeitsmarktpolitik verhindert. Der Blick ins europäische Ausland lässt Gysi und Lafontaine gewöhnlich die Zornesröte ins Gesicht steigen. Lohn-Zuwachsrate bis zu 25% registriert Gysi dort, eine Steuer- und Abgabenquote bei Vermögenden von 44% gegenüber 34% in Deutschland vermerkt Lafontaine.

Die Linksfraktion hat eine Alternative zu bieten, so lautete die Botschaft der Anhörung im Bundestag. Hartz IV muss weg und ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor her, Mindestlöhne statt Kombilohn, Lohnerhöhungen braucht es und betriebliche Mitbestimmung sowie eine alternative Finanzpolitik mit Wechselkursstabilität und Steuergerechtigkeit. Und wenn die Verhältnisse endlich dem europäischen Durchschnitt angepasst sind, was wäre dann noch die Aufgabe der Linken in Deutschland? Die große Koalition von vier neoliberalen Fraktionen werde diese Frage nicht so bald aktuell werden lassen, bedauerten Gysi und Lafontaine gemeinsam.

Die Fraktion die Linke traf mit dem DGB-Vorsitzenden zusammen. Michael Sommer hat sich gestern Abend am Rande einer Klausur der Linksfraktion erstmals offiziell mit führenden Genossen getroffen. Bisher war die Ex-PDS für viele hohe Gewerkschaftsfunktionäre ein rotes Tuch. Mit dem gestrigen Treffen vollzieht nun auch der DGB, was ver.di-Chef Frank Bsirske schon im Dezember als „Ausdruck von Normalität“ bezeichnet hat: dass die Linkspartei wie andere auch mehr nach ihrem Programm als nach ihrer Vergangenheit beurteilt wird ... **Zusammenstellung: jöd**

Lesetipps

Klaus Jungfer: Die Stadt in der Krise

Klaus Jungfer, Die Stadt in der Krise
Ein Manifest für starke Kommunen
240 Seiten, Hardcover, Euro 19,90 (D)
ISBN 3-446-20674-4

Bei einem Preis von zwanzig Euro ist Klaus Jungfers Buch nicht unerschwinglich, hat aber doch ein spürbares Verbreitungshindernis zu überwinden. Es soll deswegen vorweg gesagt werden, dass das Buch vom Lektorat bis hin zum Druck sorgfältig gemacht und schon in diesem handwerklichen Sinne sein Geld wert ist.

Kommunale Selbstverwaltung ist Fachverwaltung, je spezifischer und hochwertiger die Leistungen, um so mehr entwickeln sich die Zweige der Verwaltung zur Spezialwissenschaft, es entstehen Fachbegriffe und schließlich ein Fachsprache, die nicht mehr allgemein verständlich ist.

Dieser Prozess führt zu einer scharfen Grenze zwischen der Verwaltung und der Öffentlichkeit. Die Verwaltung kann mit der frei von der Leber weg öffentlich geäußerten Meinung nichts anfangen, und die Öffentlichkeit hat es schwer, auch nur die Schilderung von Verwaltungsabläufen zu verstehen. An dieser Problematik haben sich schon viele Autorinnen und Autoren die Zähne ausgebissen und Arbeiten geliefert, die dann von den einen als ungenau und von den anderen als unverständlich kritisiert wurden.

Diese Schwierigkeit hat Jungfer geschickt gelöst. Er gliedert das Buch nach den kommunalpolitischen Themen und Problemen, die es in den letzten Jahren in die Öffentlichkeit geschafft haben. Dieser eher seltene Fall tritt ein, wenn Entwicklungen mit den vorhandenen Routinen nicht mehr verarbeitet werden können. Dann richtet sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Sache, dann muss die Verwaltung versuchen, sich öffentlich verständlich zu machen, und auch in der Öffentlichkeit strengt man sich ein bisschen an.

Fachwissen verwandelt sich (wenn es optimal geht) in Allgemeinwissen, die öffentliche Meinungsbildung in klare politische Anforderungen oder auch Alternativen.

Erstaunlich ist, dass Jungfer, indem er solche Fälle aufgreift, letztlich auch eine systematisch zusammenhängende Darstellung des Handlungsrahmens und der Probleme kommunaler Politik glückt. So ist das Buch sehr gut als Einführung in die Kommunalpolitik zu lesen. Es eignet sich aber auch zum Nachblättern und kann zu Rate gezogen wer-

den, wenn einer der Konflikte gerade mal wieder ausbricht. Dem dient auch das mit viel Liebe ausgearbeitete Inhaltsverzeichnis.

Klaus Jungfer ist Sozialdemokrat. Er bezeichnet den Staat als Einrichtung, die aus Eigeninteresse wohltätig sei. Das ist eine hochriskante Ansicht, die unerklärt lässt, wieso auch der moderne Staat zur Gewaltherrschaft entarten kann.

Vorsichtiger und realistischer ist es, die Staatseinrichtung als Notbehelf zu verstehen, die der beständigen Kontrolle und Zügelung durch die Bürgerinnen und Bürger bedarf.

Nun hat aber Klaus Jungfer keineswegs ein Buch geschrieben, das von der Beglückung der Bürger durch den Staat ausgeht, es geht ihm vielmehr um die Differenz, die sich konkret zwischen den zentralstaatlichen Einrichtungen, dem Bund und dem Land, und der kommunalen Selbstverwaltung auftut.

In diesem Spannungsverhältnis setzt sich Jungfers „Manifest“ für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein. Mitwirkungsrechte werden als Chance begriffen, und nicht etwa als Gefahr. Unter diesem interessanten Gesichtspunkt bearbeitet Jungfer seine Themenfelder, wie überhaupt die Absicht des ganzen Vortrags ist, Problembewusstsein zu schaffen, und nicht etwa die eine oder andere Lösung unterzubringen; so ist das Buch für alle anregend, die sich positiv auf Selbstverwaltung und Bürgerbeteiligung beziehen.

Ebenso wie Jungfer plumpen Parteiwerbung vermeidet, kommt der langjährige Kommunalpolitiker auch ohne Seitenhiebe, Anspielungen, Abrechnungen und dergleichen aus.

Schade ist, dass sich Jungfer sich nicht auseinandersetzt mit der Herausbildung von Metropolenzusammenhängen, die zur politischen Ordnung der Gebietskörperschaften nicht mehr passen. Probleme wie die Beziehung der Stadt München zu „ihrem“ Flughafen, das Transrapidvorhaben, die Verkehrsleitung im Ballungsraum lassen sich in einer politischen Struktur von „Stadt“ und „Umland“ nicht mehr angemessen handhaben. Politisch-rechtlich schlampige Konstruktionen wie Bürgermeistertreffen, lahmende Kooperationen wie MAI (MünchenAugsburgIngostadt) oder gar der von Wiesheu hinterlassene Planungsraum „Greater Munich“ helfen da nicht weiter.

Das Sagen hat immer mehr der Freistaat und das Nachsehen die Selbstverwaltung. Eine Kommunalreform, die nach der Neuordnung der Beziehungen von Bund und Ländern („Föderalismusreform“) ansteht, wird sich mit diesen Gegebenheiten auseinandersetzen müssen. Wie gesagt, hat sich Jungfer dazu nicht geäußert, aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Martin Fochler

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	S. 11	krisen bei Kommunen – Grenzen der Verschuldung – Ewiggold und Kommunalkredit – Schulden- und Finanzierungsmanagement – CBL und Erbersatzsteuer-Modelle
Wirtschaftsschwäche und Staatsversagen	S. 16	Zuschüsse und Beihilfen S. 135 Zuschüsse begrenzen – Warum Zuschüsse gut sind – Subventionen und Beihilferecht – Unterhaltungspäläste – Prestige und Konsens
Die Finanzkrise	S. 21	Kommunalwirtschaft S. 147 Kommunale Monopole – Quersubventionierung – Sparkassen – eine Erfolgsgeschichte – Messen und Flughäfen
Unmittelbare Krisenursachen	S. 33	Tafelsilber S. 157 Geier und Haifische – Verkaufswelle – Fiskalillusion – Forderungsverkauf – Sparkassen verkaufen – Warum man nicht verkaufen sollte
Kurze Geschichte der Selbstverwaltung	S. 49	Gemeindesteuer S. 168 Äquivalenz und Realbesteuerung – Grundsteuer – Grundsteuerreform – Gewerbesteuer – Mängel der Gewerbesteuer – Schlaraffenland für Konzerne – Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern – Örtliche Aufwands- und Verbrauchssteuern
Kommunen und Staat	S. 63	Gemeindefinanzreform S. 187 Gemeindefinanzreform 1970 – Reformkommission 2002/2003 – Gemeindewirtschaftssteuer – Scheitern der Reform – Willfähigkeit gegenüber Kapitalgesellschaften – Der nächste Reformanlauf
Wer die Gemeinde regiert	S. 80	Stadt und Umland S. 198 Finanziell gesehen – Strukturmängel – Steuerverteilung und Finanzausgleich – Metropolregionen – Strukturversagen
Exkurs über Buchhaltung	S. 91	Selbstverwaltung und Föderalismusreform S. 206 Fremdbestimmung – Unter der Vormundschaft des Staates – Kommunale Mitwirkungsrechte – Kommunalkammern – Bundesdurchgriff und Konnexität – Altlasten bleiben unbezahlt
Nutzen und Schaden des Sparends	S. 108	Was getan werden muss S. 215 Sicherung der eigenen Steuerquellen – Teilung des Gemeindeanteils an der Lohnsteuer – Kommunale Wertschöpfungssteuer – Renaturierung der Grundsteuer – Entlastung von gesamtstaatlichen Mitfinanzierungen – Gesamtstaatliches Konnexitätsprinzip – Finanzierung – Fazit
Schuldenwirtschaft	S. 119	Verzeichnis der Abbildungen S. 227 Literatur und Datenquellen S. 229 Index S. 233 Dank S. 237

Bayerische Enziane. Ein Heimatbuch

Nein, so furchtbar „heimelig“ ist das kürzlich erschienene Buch von Egon Günther eigentlich nicht, manchmal ist es durchaus unheimlich. Denn es berichtet nicht von Königen und Herzögen, auch nicht von allerlei Berühmtheiten, die sich unter dem weißblauen Himmel tummelten, sondern von den weniger Braven, den Unangepassten, den rebellischen und unbequemen Menschen, die aber nichtsdestotrotz die tiefblauen Enziane ebenso liebten wie die berühmt gewordenen Maler, Dichter und Denker dieses Landes.

In seinen „Bairischen Notizen und Reportagen“ wandert der Autor gleichsam durch das Land und die Zeiten, bleibt einmal hier, einmal da sinnierend stehen und berichtet von wahren Begebenheiten, die er sorgfältig recherchiert hat.

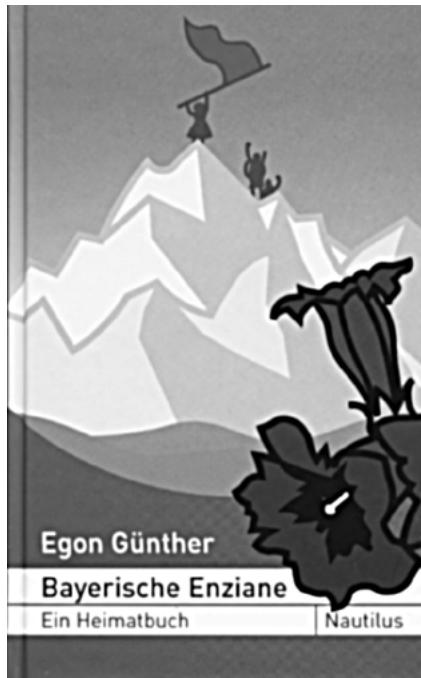
Sendlinger Mordweihnacht

Viele Münchner und oberländische Schulkinder erfahren im Heimatkundeunterricht von der „Sendlinger Mordweihnacht“, einem Volksaufstand gegen die unterdrückerische Besatzung Bayerns durch die kaiserlichen Truppen Wiens, der Heiligabend 1705 in Sendling blutig niedergeschlagen wurde. 10 000 Mann wurden „massakriert“, die Körper der „Rädelsführer“ gevierteilt und an die Haupttore der Stadt gehängt.

Bereits Freikorps und Nazis missbrauchten diese Ereignisse für ihre nationalistische Propaganda, nach dem Motto „Es ist süß und ehrenvoll fürs Vaterland zu sterben“. Und auch heute sammeln sich zum Gedenken an die Sendlinger Mordweihnacht Kompanien der Bayrischen Gebirgsschützen und geben in historischen Gewändern unter dem Absingen der bayrischen Nationalhymne Ehrensaluts ab. Längst ist das Gedenken „zu einer volkstümlich verbrämten, chauvinistischen Brauchtumsveranstaltung verkommen“, schreibt Egon Günther, um anschließend darauf hinzuweisen, dass dieser Volksaufstand bereits revolutionäre Züge trug, wie sie Jahrzehnte später in der Französischen Revolution zum Ausbruch kamen. So wurden z.B. Schlösser und Amtshäuser geplündert und durch Zwang ausgehobene Rekruten befreit. Ein Augenzeuge berichtet: „Die Erhebung geschah nicht zur Landesdefension, sondern es war dabei auf die völlige Kassierung des bisherigen Landesfürstlichen Regiments und auf die Einführung einer freien Republik abgesehen. Die Bauern wollten hinfür selbst Herren und freie Stände sein.“

Bayrische Revolution

Dass sich Egon Günther in mehreren Kapiteln mit der Bayrischen Revolution



Egon Günther: Bayerische Enziane. Ein Heimatbuch. Edition Nautilus, Hamburg 2005, 19.95 Euro

und Räterepublik 1818/1919 beschäftigt, wundert nicht. Wenigen aber dürfte zum Beispiel bekannt sein, dass es der oberbayrische Ort Kolbermoor war, in dem sich bayern- und reichsweit die revolutionären Räte am längsten hielten, ehe auch sie der Übermacht der Freikorpstruppen weichen mussten und zwei ihrer Repräsentanten, Schuhmann und Lahn, in einer Bahnunterführung ermordet wurden. In „Der Triumph der Gerechten“, einer Erzählung aus der Sammlung „Kalendergeschichten“, hat Oskar Maria Graf den Revolutionären aus Kolbermoor ein kleines literarisches Denkmal gesetzt.

Auch in diesem Kapitel blendet Egon Günther die Gegenwart nicht aus und bedauert, dass sich in dieser kleinen Industriestadt die linke, revolutionäre Tradition wohl leider nicht erhalten hat: 1999 wurde hier Carlos Fernando, ein junger Mann aus Mozambique, von einem deutschen Rassisten totgeschlagen. Und im Jahr 2000 beschädigten Rechtsradikale die erst ein Jahr zuvor (!) in der Mord-Unterführung angebrachte Gedenktafel für Schuhmann und Lahn.

Auch von einem bereits 1919 entstandenen Vorläufer der sich in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts besonders in Niederbayern ausbreitenden Landkommunenbewegung weiß der Autor zu berichten: Auf einem Bauernhof bei Donauwörth entstand damals die kommunistische Siedlung Blankenburg, ein Experiment zur Aufhebung der Klassenschranken, unter anderem durch gemeinschaftliche Selbstversorgung. Max Levien, der Gründer des Spartakusbundes in München, flüchtete sich nach der Revolution dorthin vor dem weißen Terror und auch Gustav Landauer, in

der Münchner Räterepublik Volksbeauftragter für Volksaufklärung, schreibt voller Begeisterung nach Blankenburg: „Sobald es geht, komme ich zu Ihnen...“ Dazu sollte es nicht mehr kommen: Landauer wurde von den durch den Sozialdemokraten Hoffmann angeforderten Freikorpstruppen bestialisch ermordet.

Ammersee: Rote Frauen ...

Geografisch gesehen nimmt in dem Buch der Ammersee viel Raum ein, zunächst einmal wiederum aus der Zeit von Revolution und Räterepublik. Hier greift der Autor auf das Buch von Christiane Sternsdorf-Hauck „Brotmarken und rote Fahnen. Frauen in der bayrischen Revolution und Räterepublik 1918/19“ zurück und den dort veröffentlichten – in Polizeiakten gefundenen – Briefwechsel zwischen Gabriele Kätzler, ihren beiden Töchtern Wise und Fite, ihrer Ziehtochter Hilde Kramer und ihrer Bremer Freundin Lotte Kornfeld, Geliebte des Bremer Räterepublikaners Johann Knief. Herausragende Person ist Gabriele Kätzler, eine wegen ihrer sozialistischen Gesinnung verstoßene Tochter eines adligen, hochkarätigen preußischen Militärs, Mutter von fünf Kindern, Betreiberin eines reformpädagogischen Kinderheims in Riederau am Ammersee, im 1. Weltkrieg übers Land fahrende Lebensmittelhändlerin, von der es in Polizeiberichten von 1919 heißt, sie habe „in Eisenbahnwagen und bei den Bauern auf dem Lande Vorträge gehalten und die Bauern aufgehetzt“ und dass sie „eine fanatische Kommunistin“ sei. Nach der Niederschlagung der Räterepublik werden diese Frauen inhaftiert. Gabriele Kätzler und Hilde Kramer wird der Prozess wegen „Beihilfe zum Hochverrat“ gemacht. Dass sie „nur“ Frauen sind, ist in diesem Fall ihr Glück. Vor Gericht nimmt man sie nicht so recht ernst, so dass sie freigesprochen werden, allerdings mit der Auflage, Bayern zu verlassen. Egon Günther hat nun versucht, das weitere Schicksal dieser Frauen zu eruieren und herausgefunden, dass sie ihrer Gesinnung treu geblieben sind und weiterhin, besonders natürlich während der Nazizeit, politisch verfolgt wurden. Gabriele Kätzler und ihre Tochter Fite konnten sich ins Schweizer Exil retten; Fites Mann, der Frankfurter Jurist Adolf Steinschneider, der nicht nur linker Strafverteidiger, sondern auch noch Jude war, wurde aus der „sicheren“ Schweiz ausgewiesen und 1944 in Bellac/Südfrankreich von der SS erschlagen.

.... und irische Freiheitskämpfer

Ebenfalls im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts, ebenfalls in Riederau am Ammersee und ebenfalls mit einem Vater, der ein hoher Militär war, lebte dort für ein halbes Jahr 1915 ein weiterer Re-

bell, diesmal männlichen Geschlechts und von anglo-irischer Nationalität: Sir Roger Casement. Ähnlich wie Gabriele Kätzler war ihm das Rebellentum nicht in die Wiege gelegt worden. 1864 geboren, ging er 20-jährig voller Abenteuerlust und in der Überzeugung, die „Eingeborenen“ mit der Verbreitung westlicher „Fortschrittsideale“ zu „beglücken“, nach Afrika, in den Kongo. Ausführlich berichtet Egon Günther, wie Casement sich zunehmend über die Gewalt und Korruption der europäischen Kolonialherren in Afrika empörte, um schließlich 1904 mit der Congo Reform Association die erste große antikoloniale Menschenrechtsbewegung des 20. Jahrhunderts zu begründen, damit durchaus auch internationales Ansehen gewann und sich später für die irische Freiheitsbewegung einsetzte. Ein Gedicht von William Butler Yeats, „Ghost Of Roger Casement“, rundet das spannende Kapitel über den heute eher vergessenen, aber 1915 den Bewohnern von Riederau durchaus bekannten irischen Freiheitskämpfer ab.

Weiter lesen ...

Es gibt noch viele weitere Themenbereiche, wie z.B. – der teilweise unbekannte – bayrische Widerstand in der Nazizeit oder die Künstlergruppe „Spur“, die der Autor in seinem „Heimatbuch“ abhandelt und die interessant zu lesen sind. Alle sind sorgfältig recherchiert. Die Reihenfolge der Kapitel ist mehr assoziativ als geografisch oder chronologisch geordnet.

Dieses Assoziativ-Subjektive ist aber durchaus gewollt – Egon Günther schreibt über seine Themenauswahl: „Wichtig ist nur, dass sie (die aufständischen, unbequemen Menschen, d.V.) dem Verfasser ob ihrer freiheitlichen Bestrebungen sympathisch sind.“ (Stilistisch ist dieses „ob“ statt „wegen“, diese zuweilen etwas gestelzt wirkende, antiquisierende Sprache das Einzige, was manchmal stört.)

Völlig überflüssig und auf jeden Fall störend ist aber das Nachwort, in dem Thomas Meinecke sich seitenlang über die gute alte bayrische Spontizeit der 70er Jahre auslässt (ach, der legendäre Achternbusch oder Fassbinder, die legendären Bands wie Amon Düül oder Die Embryos...). Meinecke war zwar bei allem nicht direkt dabei, aber dafür, so plaudert er begeistert, hat er seine Tochter 1989 im „Eingedenken Achternbuschs“ auf dem Andechser Klosterberg taufen lassen. Nun denn ... Mit den Intentionen Egon Günthers hat dieses Nachwort jedenfalls nur wenig zu tun. Mit einem Ortsregister und einer besser lesbaren und ausgearbeiteten Landkarte wären diese Buchseiten besser gefüllt gewesen. Wer z.B. mal in die Gegend zwischen Alz und Inn kommt, sollte das Buch dabei haben (warum, ist nachzulesen auf S. 120 f.).

C.H.

Das Buch von Blanche und Marie

Das Buch von Blanche und Marie, Roman von Per Olov Enquist, handelt von Blanche Wittman und Marie Curie. Als Marie Curie – damals bereits gemeinsam mit ihrem Mann Pierre Nobelpreisträgerin für Physik – das Erz Pechblende untersuchte und darin einen Stoff entdeckte, der leuchtete und geheimnisvoll strahlte, arbeitete Blanche als Assistentin mit ihr zusammen. Erst Blanche, dann Marie sollten später an diesem Licht, an Radium, zugrunde gehen.

Blanche und Marie – die eine Psychiatriepatientin, die andere Wissenschaftlerin – waren wie auch die anderen Romanfiguren historische Personen. Ob Blanche und Marie aber befreundet waren und ob sie sich überhaupt gekannt haben, wissen wir nicht. Enquist verknüpft frei historische Fakten mit seinen Vorstellungen und gibt so ein eindrucksvolles Bild einer sehr widersprüchlichen Gesellschaft Ende des 19. Jahrhunderts; Elemente aus Mittelalter und Aufklärung, Scharlatanerie und Wissenschaft treffen aufeinander.

„Das Buch von Blanche und Marie“ – so nennt P. O. Enquist die Notizbücher von Blanche, die er als Grundlage für seinen Roman benutzt. Blanche schrieb sie – so die Romanhandlung – am Ende ihres Lebens mit ihrem verbliebenen rechten Arm. Beide Beine und der linke Arm waren bereits amputiert. Bevor Blanche als Assistentin zu Marie Curie kam und später als Torso bei ihr lebte, war sie als junges Mädchen zur psychiatrischen Behandlung in die Salpêtrière in Paris eingeliefert worden. Sie lebte dort 16 Jahre lang. Als bevorzugte Patientin des Direktors Jean-Marie Charcot wurde sie als Modell berühmt, an



Per Olov Enquist: *Das Buch von Blanche und Marie*, 240 Seiten, Hardcover, ISBN 3-446-20569-1, € 19,90 (D)

dem die weibliche Psyche einem ausgewählten Publikum vorgeführt wurde. Sie liebte Charcot. Sie überschrieb ihre Notizbücher mit „Amor Omnia Vincit“ – die Liebe überwindet alles; eine erstaunliche Einstellung für eine verstümmelte, einst sehr schöne Frau, die ihr Leben in einer Holzkiste sitzend verbrachte.

Die Salpêtrière existiert noch heute als angesehenes Pariser Krankenhaus. Ursprünglich als Pulverfabrik gebaut, wurde sie schon ab 1656 zum Obdachlosenasyl für Frauen und Geisteskranken; dann auch zum Gefängnis für Prostituierte. Menschen, die der gesellschaftlichen Norm nicht entsprachen oder entsprechen wollten, wurden Insassen dieser und ähnlicher Zuchthäuser. Ihre Behandlung war grauenhaft. Sie blieben dort in der Regel lebenslänglich. Die Salpêtrière „beherbergte“ stets mehrere tausend Frauen; bis zu 8 000 Personen lebten in dieser eigenen Stadt in der Stadt.

Während der französischen Revolution endete der Versuch, diese zweite Bastille zu befreien, mit einem blutigen Massaker.

Erst im 18. Jahrhundert wurde die Psychiatrie zu einer eigenständigen Wissenschaft. Man begann, Geisteskrankheiten zu untersuchen. Philippe Pinel, der 1795 die Leitung der Salpêtrière, ließ erstmals die Geisteskranken unangekettet.

Von 1862 bis 1893 leitete Charcot die Anstalt und machte sie zum bedeutenden Zentrum zur Erforschung neurologischer Krankheiten. Sigmund Freud war zeitweise sein Assistent. Charcot versuchte die weibliche Psyche zu verstehen. Dazu versetzte er sein Medium in Trance, drückte gezielt auf verschiedene Körperfunktionen. So ließ er hysterische Symptome erzeugen. Die „Hysterikerinnen“ bekamen Krämpfe, verdrehten ihre Körper, schrieen und kreischten. Wiederum durch Druck auf Körperfunktionen, bevorzugt auf dem weiblichen Unterleib, wurden die hysterischen Anfälle beendet. Diese Mischung aus Chaos und Ordnung in der Hysterie war für ihn faszinierend.

Berühmt wurden die Vorführungen dieser Szenen, die einem ausgewählten Publikum vorbehalten blieben.

Über diese Vorführungen, deren häufiges Medium Blanche war, über ihre Liebe zu Charcot berichtete sie in ihren Notizbüchern, aber auch über ihre Zeit mit Marie. Nach dem Unfalltod von Maries Mann Pierre verliebte diese sich in einen Kollegen, Paul Langevin, verheiratet und Familienvater. Während Blanche sie ermutigte, zu ihren Gefühlen zu stehen, wurde sie wegen dieser Verbindung in Frankreich geächtet. Sie musste ihre wissenschaftliche Arbeit beenden, ihr Leben und das ihrer Kinder waren gefährdet. Zu dieser Zeit war sie für ihren zweiten Nobelpreis, diesmal für

Chemie, vorgeschlagen. Man forderte sie auf, auf die Ehrung freiwillig zu verzichten. Sie lehnte ab: „ich habe mir nichts vorzuwerfen.“ Die zweifache Nobelpreisträgerin floh nach London, wo sie bei Frauenrechtlerinnen Unterschlupf fand. Drei Jahre lang musste Blanche deshalb auf ihren Beistand verzichten. Auch bei Marie zeigten sich jetzt die Folgen der Arbeit mit Radium. In ihrem letzten Notizbuch berichtete Blanche von ihrer Reise mit ihrem Geliebten Charcot nach Vézelay. Er starb unterwegs – ich weiche nie von deiner Seite, sollen ihre Worte gewesen sein.

wuni

Der Streik bei Opel Bochum 2004 – Rückblick von innen und außen

Jochen Gester/Willi Hajek (Hg.) *Sechs Tage der Selbstermächtigung – Der Streik bei Opel in Bochum Oktober 2004* – 10 Euro – Bezug direkt über den Verlag: DieBuchmacherei@web.de, per Fax: 01212-5-96842710, oder über den Buchhandel: ISBN 3-00-017269-6

Warum verlaufen viele Arbeitskämpfe in Deutschland anders als in Frankreich? Teilweise wird diese Frage in dem in dem Ende letzten Jahres erschienenen Buch „Sechs Tage der Selbstermächtigung – Der Streik bei Opel in Bochum Oktober 2004“ beantwortet. Die Herausgeber Jochen Gester und Willi Hajek stellen diese Frage nicht, tragen aber in ihren Beiträgen erheblich zur Klärung bei. Einerseits wird klar gemacht: Es ist auch hier möglich, selbstständig von unten den Kampf aufzunehmen. Andererseits konnten Betriebsratspitze und Gewerkschaftsleitung die Führung in der Belegschaft zurückgewinnen; die Geschäftsführung konnte ihr Ziel, auch in Bochum im großen Maßstab zu rationalisieren, durchsetzen.

Zu Beginn werden in einer „kleinen Vor- und Frühgeschichte der wilden Streiks – bei Opel und anderswo“ Motivationen und Hindernisse, Kampfstärken und Niederschlagungen etlicher selbständiger Arbeitskämpfe in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkriegs untersucht. Da wird auch viel bisher wenig Bekanntes benannt. Die traditionelle Kampfstärke der ehemaligen Stahlwerker und Zechenarbeiter, die die ersten Belegschaften bei Opel in Bochum bildeten, wird deutlich. Der Arbeitskampf entwickelte sich im Oktober 2004, nachdem die Geschäftsführung von General Motors ihre Restrukturierungspläne erklärt hatte: Abbau von 4100 der vorhandenen 9600 Arbeitsplätze in Bochum, Auslagerungen von Werksteilen wurden geplant, mit der Schließung des gesamten Werks wurde zumindest versteckt gedroht. Die Folge war enorme Unruhe unter den Beschäftigten. Der gewerkschaftliche Vertrauensleutekörper, der hier schon länger nicht mehr bloßes Anhängsel des Betriebsrates ist, und vorher das Vorhandensein der Gruppe oppositioneller Gewerkschafter (GoG) haben die Möglichkeiten für selbständige Aktionen, gegen die Betriebsratsmehrheit und die Gewerkschaftsleitung, eingeleitet und im Fortgang bestärkt. Es werden der Weg zu dem selbständigen Streik, sein Verlauf und das nur teilweise als positiv zu wertende Ergebnis analysiert. Dabei kommen die Stärken im Kampf zur Sprache, innerbetrieblich wie auch in Form der großen regionalen Solidarität, und die Unterstützung durch viele Erklärungen, durch Spenden bundesweit und durch Delegationen von etlichen Betrieben. Untersucht werden aber auch die Probleme, die sich aus standortbezogenem Denken, aus mangelhaften bis gar nicht vorhandenen Kontakten zu anderen Werken von General Motors in Deutschland wie auch weltweit und durch Betriebsrats- und Gewerkschaftsinterventionen ergeben haben. Nach massiven Eingriffen durch die Betriebsratsspitze wurde nach sechs Tagen der Kampf abgebrochen – mit dem Ergebnis, dass zwar eine bis dahin nicht erreichte Abfindungshöhe für diejenigen, die freiwillig den Betrieb verlassen, erreicht wurde, aber auch, dass der vom Management geplante Arbeitsplatzabbau nicht aufgehalten werden konnte.

Dieser Verlauf wird in ausführlichen Gesprächen und Interviews mit Mitgliedern der Gruppe GoG, die seit über dreißig Jahren als Betriebsräte, Vertrauensleute mit Flugblättern und Betriebszeitungen und mit harten Auseinandersetzungen im Opel-Werk Bochum arbeiten, über die einzelnen Sozialisationen, die tagespolitischen und auch die gesellschaftspolitischen Ziele der Gruppe herausgearbeitet. „Seit der Gründung 1972 versuchte die GoG, den Kampf um „Belegschaftsforderungen“ mit der Kritik an den kapitalistischen Sachzwängen, den Sozialpartnerschaftsillusionen, der Mitbestimmung, der offiziellen IG-Metall-Politik zu verbinden. Sichtbar ist das sowohl an den Infoblättern wie auch an den Programmen zur Betriebsratswahl. Entsprechend entwickelten sich sehr harte und allseits bekannte Konflikte mit der Werksleitung, mit der Betriebsratsmehrheit und der IGM-Führung (Auschlüsse 1973 bis 1993). ... Die GoG-Gruppe war und ist keine reine Betriebsräte-Gruppe. Die Rolle des Betriebsrats und seine Möglichkeiten wurden hinter die Aktivität der Belegschaft

eingeordnet. Trotzdem, dank ununterbrochener Beratung durch JuristInnen (Arbeitsrechtler) – RA Michael Dorminden war zumeist anwesend an den wöchentlichen GoG-Sitzungen seit 1972 – und ihres Einsatzes im Betriebsalltag hatten und haben die Betriebsräte der Gruppe ein sehr gutes Ansehen in der Belegschaft. Dadurch hatten die Mitglieder der GoG ein relativ standfestes Selbstbewusstsein und alles in allem Spaß am Leben im Widerstand“, resümiert ein Mitglied.

Als Beiträge „von außen“ ergänzen Stellungnahmen von einem Volvo-Betriebsrat (er behandelt die Standortfrage und insbesondere die Probleme, die sich aus fehlenden internationale Beziehungen der Belegschaften zueinander ergeben) und von DaimlerChrysler (zu den dort trotz großer Kampfmaßnahmen durchgesetzten „Betriebsvereinbarungen“ der Geschäftsführung) und drei einschätzende Aufsätze (Jochen Gester, Willi Hajek und Robert Schlosser) die Gespräche mit den KollegInnen aus dem Werk.

Als besonders wertvoll erscheint an diesem Buch, dass keine losgelösten Theorien verbreitet und keine linken Phrasen wiedergekäut werden. Die Biographien und die Gespräche mit den Betroffenen geben dem Geschriebenen ein hohes Maß an Authentizität.

Ein sehr lesenswertes Buch.

W.E./jol

Weg mit den Knästen!

Der gefängnis-industrielle Komplex der USA

Haftanstalten als Wirtschaftsfaktoren: Seit den achtziger Jahren werden in den USA trotz rückläufiger Kriminalitätsrate so viele Gefängnisse wie nie zuvor errichtet. Großkonzerne verdienen am Bau von Haftanstalten, ihrer Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und an der Ausbeutung von Haftarbeit.

Die Professorin Angela Y. Davis kennt mindestens neun Millionen Gründe, die gegen das Gefängnis sprechen. Auf diese Zahl beläuft sich derzeit die Menge der Strafgefangenen in aller Welt. Dass davon zwei Millionen allein in den USA einsitzen, nimmt die seit dem Ende der sechziger Jahre in der amerikanischen Anti-Gefängnisbewegung aktive Autorin zum Anlass, sich vor allem mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Gefängnissystems ihres Landes zu beschäftigen.

In ihrer jüngsten Publikation präsentiert Davis eine Menge aufschlussreicher Details, etwa dass die Anzahl der Strafgefangenen noch deutlich höher

läge, wenn viele junge Männer und Frauen nicht den Armeedienst einer drohenden Haftstrafe vorziehen würden/müssten. Materialreich sind ihre Ausführungen über die große Anzahl psychischer Erkrankungen hinter Gittern, über die Zunahme von Einzelhaft in Hochsicherheitsgefängnissen (obwohl sie international geächtet ist und nach wie vor strittig ist, ob sie gegen die US-Verfassung verstößt) und über das Anwachsen sozialer Kontrollmechanismen, während gleichzeitig Bildungsprogramme für Häftlinge gekürzt oder gestrichen werden. Überzeugend weist sie nach, dass der staatliche Resozialisierungsanspruch längst dem Ziel weichen musste, Delinquenten unschädlich zu machen.



Am Beispiel der „ethnischen Zusammensetzung“ in kalifornischen Gefängnissen entwickelt Davis einen weiteren Strang ihrer Argumentation: 35 Prozent der Insassen sind Latinos, 30 Prozent Afroamerikaner und 29 Prozent Weiße. Weiße sind demnach deutlich in der Minderheit, jenseits der Gefängnismauern aber stellen sie ebenso deutlich die Bevölkerungsmehrheit. Gründe dafür findet die Autorin im so genannten Racial Profiling der Ermittlungsbehörden – Fahndungsmethoden, bei denen die Hautfarbe eine Rolle spielt – sowie in der hohen Armutssrate unter städtischen Afroamerikanern oder Latinos. Wo Diebstahlsdelikte, Drogenbesitz oder Verstöße gegen die Einwanderungsbestimmungen häufig härter bestraft werden als Steuerhinterziehung in Millionenhöhe oder gewerblicher Betrug, da sind die vielen Nicht-Weißen im Gefängnis kein Wunder.

Auch auf den „beträchtlichen Anstieg der Haftrate von Frauen seit den achtziger Jahren“ und die geschlechtsspezifische Haft geht Davis ein. Sie zitiert Berichte von „Human Rights Watch“ über die „gewaltsame Sexualisierung des Gefängnislebens innerhalb der Frauenanstalten“. Gemeint sind die üblichen demütigenden Leibesvisitationen bei weiblichen Gefangenen sowie sexuelle Übergriffe. Außerdem würden Frauen häufig zu längeren Haftstrafen verurteilt. Weiterbildungsangebote be-

schränkten sich auf Koch-, Näh- und Haushaltskurse. Das Ziel sei eine „Wiedereingliederung kriminalisierter Frauen in das häusliche Leben als Frau und Mutter“.

Davis wendet sich auch der Geschichte des US-Strafvollzugs zu und schreibt:

„Frauen, die vom Staat öffentlich für ihr Fehlverhalten bestraft wurden, sah man tendenziell als größere Abweichung vom Normalfall und als wesentlich stärkere Bedrohung der Gesellschaft an als die große Zahl männlicher Straftäter.“

Früher habe man delinquente Frauen nicht selten als geisteskrank klassifiziert, wobei hier ebenfalls riesige Unterschiede zwischen schwarz und weiß gemacht worden seien. Auch ihre Verweise auf den Zusammenhang von Sklaverei und Besserungsanstalten und erst recht ihre Ausführungen über die historische Bedeutung der Zwangsarbeit von Strafgefangenen beim Bau von Straßen, Eisenbahngleisen und im Bergbau sind

kenntnisreich und hellsichtig. Wenn sie formuliert, dass „die schwarze Gefangenarbe noch immer eine verborgene Dimension unserer Geschichte“ bleibe, so ist das nicht nur als Aufforderung zu verstehen, über die Wirtschaftsgeschichte der USA neu nachzudenken. Es ist auch ein Fingerzeig auf die gegenwärtige Situation in den meisten Gefängnissen.

„Für Privatunternehmen ist Gefangenarbe wie ein Hauptgewinn. Keine Streiks. Keine Gewerkschaften. Keine Arbeitslosenversicherung. (...) Alles zu einem Preis, der einen Bruchteil dessen beträgt, was Arbeit auf dem freien Arbeitsmarkt kostet“, zitiert Davis aus einer Broschüre von Linda Evans und Eve Goldberg. Damit kommt sie auf ihren Hauptaspekt zu sprechen: den des, wie sie es nennt, gefängnisindustriellen Komplexes. Der Trend zu mehr Inhaftierungen habe in der Ära von Ronald Reagan begonnen. Obwohl die Kriminalitätsrate zu diesem Zeitpunkt bereits rückläufig gewesen sei, seien Gefängnisse in einer noch nie da gewesenen Menge gebaut worden. Reagan habe als erster Präsident Haftanstalten als Wirtschaftsfaktor gesehen, ihm sei es um die Beteiligung von Großkonzernen am Bau von Gefängnissen, ihrer Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und an der Ausbeutung von Haftarbeit gegangen.

Bis heute habe sich an dieser Auffassung nur wenig geändert. Die großen

US-Gefängnisunternehmen CCA und Wackenhet unterhalten nicht nur eigene, nur am Profit orientierte Haftanstalten, sie konnten ihren Aktionsradius mittlerweile sogar auf andere Kontinente ausweiten. Davis’ Fazit fällt dennoch alles andere als düster aus: „Eine wichtige Herausforderung besteht darin, zur Schaffung einer humaneren, erträglicheren Umgebung für die Menschen im Gefängnis beizutragen, ohne sich dabei mit der Permanenz des Gefängnisystems abzufinden.“

Ihr Ziel ist so schlicht wie radikal: eine Welt ohne Gefängnisse. Sie weiß natürlich, dass der Weg dorthin schwierig ist. Denn im Gegensatz zur Todesstrafe erfreuen sich Gefängnisse einer hohen gesellschaftlichen Akzeptanz. Woran liegt das, fragt Davis, und liefert auch gleich einige Antworten: Weil ihr Bau häufig mit dem Versprechen von Politikern einhergeht, Arbeitsplätze zu schaffen und damit in ärmeren Regionen für Aufschwung zu sorgen; weil Verbrechen ein zentraler Gegenstand der medialen Berichterstattung sind, vor allem bei Privatsendern; weil Gefängnisfilme als wichtige „Bestandteile unserer visuellen Umwelt“ dazu beigetragen haben, dass Knäste für die meisten Menschen zur Norm gehören; und weil das Gefängnis den Einzelnen ideologisch von der Verantwortung befreit, sich mit den drängenden gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen.

„Es ist, als wäre das Gefängnis ebenso wie die Geburt oder der Tod eine unvermeidliche Lebenstatsache“, stellt Davis fest, doch aufgeben mag sie deswegen noch lange nicht. Am Ende entwirft sie Strategien zur Abschaffung des Gefängnisses. Ihr Gegenmodell beinhaltet ein „Justizsystem, das auf den Prinzipien Wiedergutmachung und Versöhnung beruht statt auf Vergeltung und Rache“, Bildungsprogramme, offene Grenzen, Sozial- und Gesundheitssysteme, die umsonst und für alle sind sowie die „ideologische Arbeit, die notwendig ist, um die begriffliche Verbindung zwischen Verbrechen und Strafe zu zerreißen“. Klar wird bei ihr auch, dass in besseren Zeiten das jetzige Gefängnisystem nicht einfach durch „ein einziges alternatives System der Bestrafung“ ersetzt werden kann.

In den siebziger Jahren saß Davis selbst für 16 Monate in Haft, heute ist sie Professorin für Mentalitätsgeschichte an der University of California in Santa Cruz. Vielleicht liegt es an dieser außergewöhnlichen Biografie, dass man rasch merkt, wie profund ihre Kenntnisse sind, weil sie aus praktischem und theoretischem Wissen gespeist werden.

Maik Söhler

Angela Y. Davis: *Eine Gesellschaft ohne Gefängnisse? Der gefängnisindustrielle Komplex der USA*. Verlag Schwarzer Freitag, Berlin 2005

24. bis 29. Januar. *Sechstes Weltsozialforum.* Zum ersten Mal wird es allerdings nicht ein zentrales Forum geben, sondern drei Teilforen in verschiedenen Kontinenten. Ein Treffen findet in Bamako (Mali/Afrika) statt, eines in Karachi (Pakistan/Asien) und das dritte in Caracas (Venezuela/Amerika). Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, werden doch in den Städten jeweils zehntausende Aktivistinnen und Aktivisten aus den verschiedensten Teilen der sozialen Bewegungen erwartet. TeilnehmerInnen, Organisationen, HelferInnen und JournalistInnen werden aufgefordert, sich für Aktivitäten zu registrieren (www.wsf2006.org). Aus verschiedenen Kritiken heraus finden außerdem zwei Alternativforen in Venezuela statt.

3. bis 5. Februar. München. *Protestaktionen gegen Sicherheitskonferenz.* Näheres siehe www.friedenskonferenz.info

4./5. März. Mannheim. *Bundesdelegiertenkonferenz der WASG.*

6. bis 9. April. Athen. *Europäisches Sozialforum in Griechenland.*

11. Februar, Strasbourg: *Europäische Demonstration gegen die Bolkesteinrichtlinie.* Online-Börse für Busse und andere Mitfahrgelegenheiten unter: <http://www.attac.de/bolkestein/termine/>

11. Februar, Berlin: *Aktion gegen die Bolkesteinrichtlinie* vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin

14. Februar, Strasbourg: Weitere Proteste gegen Bolkesteinrichtlinie rund um das EU-Parlament

8./9. April. Frankfurt/Main. *Jahreskonferenz Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* Thema: Soziale Bewegungen (Mindestlohn, Arbeitszeit) in Europa und ihre Ergebnisse.

14. bis 17. April, bundesweit: Ostermärsche

29. und 30. April 2006, Halle: *10. Parteitages der Linkspartei.PDS.* Die 1. Tagung des 10. Parteitages wird sich mit einer Analyse der politischen Situation unter den Bedingungen einer großen Koalition, nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie nach der Kommunalwahl in Hessen befassen. Die Tagung soll

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Landtag	17.9.	5 Jahre
	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre

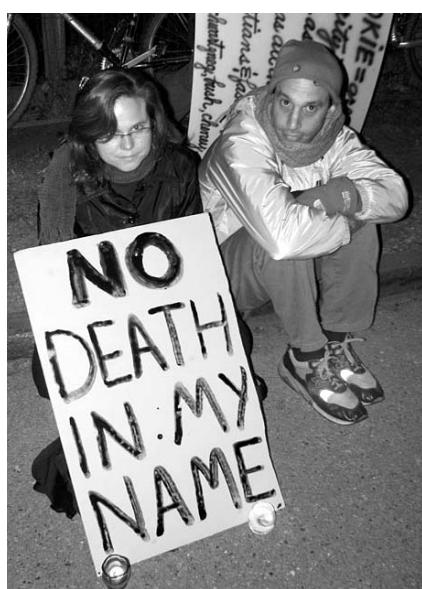
Quelle: www.bundeswahlleiter.de

Schlussfolgerungen für die Arbeit der Linkspartei.PDS, besonders für die 2006 noch bevorstehenden Wahlkämpfe zu den Landtagswahlen in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und zur Kommunalwahl in Niedersachsen, ziehen. Neben dem Parteivorstand werden weitere Gremien der Linkspartei.PDS gewählt werden.

22. bis 26. Mai, Berlin: *18. Ordentlicher Bundeskongress des DGB: „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“*

3.-6. August. *Linke Sommerschule.* Der Ort steht noch nicht fest.

1./2. September, Rostock. Ostseefriedenskonferenz



ON A MOVE – Ausstellung gegen die Barbarei der Todesstrafe

In Bremen findet vom 23. Januar bis 6. Februar 2006 eine Kunst- und Dokumentationsausstellung gegen die Todesstrafe in den USA und für den zum Tode verurteilten Mumia Abu-Jamal statt. **Diese Ausstellung kann auch in anderen Städten gezeigt werden** (siehe unten).

Eröffnungsveranstaltung

Beiträge und Informationen zum Fall des zum Tode verurteilten US-Journalisten Mumia Abu-Jamal und zur Abschaffung der Todesstrafe in den USA. Es sprechen: Christine Vogelsang, Begrüßung; Erhard Mische, amnesty international Bremen; Jürgen Heiser, Internationales Verteidigungskomitee Bremen (IVK)

Montag, 23. Januar 2006, 20:00 Uhr – Villa Ichon, Bremen, Goetheplatz 4

Mit dieser Veranstaltung wird die gleichnamige Ausstellung eröffnet, in der die Bremer Malerin Christine Vogelsang ihre zum Thema geschaffenen Gemälde mit Fotos, Texten und Dokumentationen kombiniert Ausstellung: vom 23. Januar bis 6. Februar 2006 Öffnungszeiten: Mo-Fr 11-19 Uhr / Sa 11-13 Uhr VeranstalterInnen: Christine Vogelsang, Atlantik Verlag, IVK Bremen, junge Welt Regionalbüro Bremen

Kontakt für alle, die diese Ausstellung in ihren Städten zeigen möchten: Mobil 0174-972 99 29 (Jürgen Heiser)

<http://freedom-now.de/news/artikel309.html>